

Deutsche Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verein, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. L. Nr. 20, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementoppreis bei der Post 80 P., zu Partien direkt durch d.c. Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 23. November 1895.

Inserate die viergeschossige Weltzeitung oder deren Raum 20 P. M. Redaktion und Expedition: Müllerberg, Weizstraße Nr. 12.

Inhalt: Was Streiks kosten. — Kapitalistische Erziehungslücke. — Das Vereinsrecht im Entwurf eines bürgerlichen Gesetzes. — Großer Aufzug. — Geschichte: Die Lebensgeschichte eines Schneidergesellen und wie er Meister wurde. — Ueber die Hirsh-Dunder'schen Gewerbevereine. — Deutscher Metallarbeiter-Verein: Bekanntmachung des Vorstandes. — Störreverbündungen. — Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter: Bekanntmachung des Vorstandes. — Abrechnung pro Oktober 1895. — Technisches. — Gerichtszeitung. — Vermischtes. — Witze, Karikaturen. — Briefkasten.

Zur Beachtung.

Buzung ist fernzuhalten: Nach Berlin, (Telephonbautanstalt von Welles, Elisenstrasse); von Feilenhauern nach Durlach (Flößer); von Drehern und Schlossern nach Mannheim (Menzling); Förderer von Billig v. Auffig a./Elbe (Gussstahlhütte v. Arnold & Kreß).

Was Streiks kosten.

Es gibt heutzutage allerhand "Arbeiterfreunde". Unter denselben befinden sich ehrliche Leute, die es gut meinen mit ihren Nebennenschen, insbesondere mit den Arbeitern, denen schlimme Lage sie einsehen und gerne verbessern möchten, auch auf die Gefahr hin, selbst von ihrem "Eigenten" etwas Haare lassen zu müssen. Viele sind aber unter den "humanen" Menschen, die zwar auch ihren leidenden Mitbrüdern helfen möchten, aber keine Lust haben, selbst etwas dazu zu thun, oder aber wenn sich dies absolut nicht umgehen lässt, wenigstens nicht allzu tief in die Tasche greifen möchten. Die allermeisten unter den "Arbeiterfreunden" solcher oder ähnlicher Art sind Lente, die zwar das Gelingen sehen, aber die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht begreifen und in Folge dessen häufig die Ursachen mit den Wirkungen verwechseln und daher wohl recht gut gemeinte Vorschläge machen, um den Wirkungen der heutigen Produktionsweise zu Leibe zu gehen, aber um keinen Preis der Welt an den Grundursachen, oder richtiger ausgedrückt: an der Grundursache, der kapitalistischen Produktionsweise, rütteln lassen wollen, oder gar — horribile dictu! — selbst daran rütteln würden!

Aber wenigstens ist diese Art von "Arbeiterfreunden" meist unschädlich. Sie können nichts verderben und haben das Gute an sich, daß sie durch ihr Vamento, welches sie da und dort über die verkehrten Einrichtungen in der menschlichen Gesellschaft ausschlagen, manchen Indifferenzen aufzulösen, was wiederum zur Folge hat, daß eine geschiehre Natur unter diesen sich durch diese Auflösung veranlaßt seien, unter die aktiv Rämpfenden zu gehen.

Dagegen gibt es jedoch "Arbeiterfreunde", die man nicht mehr unter die Rubrik der "sonderbaren Heiligen" einreihen darf, sondern die als gemeinschädliche Elemente direkt bekämpft werden müssen.

Zu diesen gehören ganz besonders diejenigen satten Herren, welche in erster Linie dem Arbeiter "beweisen", wie herrlich weit er, als Klasse genommen, es in

der heutigen "Kultur"-Ära gebracht hat und die ihn um jeden Preis abhalten wollen, als Klasse etwas zu seiner weiteren Verbesserung oder gar zur gänzlichen Umgestaltung der ungerechten Gesamtverhältnisse zu thun, und die ihm bisher ausgelaufen und hoffnungslos vorrechnen, wie wunderschön er es haben könnte, wenn er — und ganz speziell seine Frau — sich's nur "besser einzurichten" wüsste und vor Allem sich nicht an "Komplotten" und "organisierten Bestrebungen" gegen die bestehende "Beste aller Welten" befehligen würde.

Zu diesen Wölfen im Schafspelz zählen in erster Reihe die Herren Volkswirthschaftler und verwandten Berufsgenossen, welche dem Arbeiter bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit ausrechnen, wie viel er so gauz und gar unüblich für die vermaledeiten Streiks ausgibt, die ja "doch nichts nützen" und nur die schöne Harmonie zwischen Kapital und Arbeit stören. Ein solcher Schleicher treibt sein Wesen in Nr. 43 der "Eisenzeitung" vom 24. Oktober d. J. in einem Artikel, der die Neuerscheinung "Was Streiks kosten."

Der Bleidermann läßt sich folgendermaßen vernehmen:

"3 600 000 M. sollen die Genossen, wie die Streikkommission in Hamburg ausgerechnet haben will, in den Jahren 1890—94 aufgebracht haben. Es sollen 546 Streiks zu verzeichnen gewesen sein, bei denen insgesamt 58 242 Personen beteiligt waren. Die 3 600 000 M. stellen aber nur einen Theil der verbrachten Gelder dar; denn die Summe des verloren gegangenen Arbeitslohnes wird zum mindesten ebenso groß sein. Fragt man sich nun, was die "Genossen" mit diesen 7 000 000 M. erreicht haben, so ist auch die sozialdemokratisch gefärbte und sicherlich tendenziös gemachte Zusammenstellung geradzu niederschmetternd für die streiklustigen Agitatoren. Die Generalstreikkommission unterscheidet zwischen Abwehrstreiks und Angrißstreiks. Abwehrstreiks gab es in den fünf Jahren 302, von diesen sollen 89 erfolgreich, 75 theilsweise erfolgreich und 119 erfolglos gewesen sein; bei den Angrißstreiks stellt sich das Fazit für die Streikenben etwas günstiger, die Generalstreikkommission kommt zu dem Resultat, daß von den 242 Streiks 90 erfolgreich, 91 theilsweise erfolgreich und 57 erfolglos waren. Dieser statistischen Zusammenstellung fliegt sie dann ein Schlüßwort bei, aus dem klipp und klar hervorgeht, was bei den Streiks herausgekommen ist.

"Es heißt: „Vergleichen wir aber die Angaben über die Abwehrstreiks und Angrißstreiks miteinander, so finden wir, daß 1890—1891 die Angrißstreiks überwiegen und auch der Erfolg oder theilsweise Erfolg größtentheils auf Seiten der Arbeiter war. In den folgenden drei Jahren überwiegen die Abwehrstreiks, und auch bei diesen sind die erfolglosen vorherrschend. Zu den beiden letzten Jahren steigt wohl die Zahl der An-

griffstreiks und auch deren Erfolg, aber auch die Zahl der Abwehrstreiks vermehrt sich und mehr noch die Zahl der Fälle, in denen diese erfolglos waren."

Dieses Eingeständniß beweist, daß die Generalstreikkommission an ihre statistischen Zahlen der gewonnenen Streiks überhaupt nicht glaubt, die 75, resp. 91 theilsweise erfolgreichen Streiks blieben wohl nur in der Einschätzung der Generalstreikkommission als erfolgreiche zu bezichnen sein, die Streiks der letzten fünf Jahre bilben mit wenigen Ausnahmen eine unterbrochene Niederlage für die Genossen; die Millionen sind pro nihilo aufgewendet, ein Theil davon dürfte freilich in den Taschen der Agitatoren geblieben sein, darunter deren Streiklust."

Von welch hässlichstem Gelste die ganze Notiz diktiert ist, daß bliebe am deutlichsten aus dem unsäglich gemeinen Schlussatz hervorgehen, in welchem beiden, die in den allermeisten Fällen als Gezwangselte, als Meistgeschädigte aus den Kämpfen hervorgehen, die deutbar niedrigsten Beveggründen unterschoben werden. Ein Theil der Streikgelder bliebe "in den Taschen der Agitatoren geblieben sein", darum deren Streiklust!

Diese Verdächtigung ist so unter aller Kritik gemein, daß man kein Unrecht begeht, wenn man sagt: die Sache Dreyfus, welche durch solche versteckte Bubenstreiche vertheidigt werden muß, kann selbst unmöglich eine gute sein. Da wir ja aber zu sehr an diese schose Kämpfesart seit Jahren gewöhnt sind, wollen wir uns bei derselben auch gar nicht weiter aufzuhalten, sondern den sogenannten sachlichen Theil des zitierten Artikels ein wenig unter die Lupe nehmen. Dabei dürfen wir uns auch daran nicht slossen, daß die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften mit gesetzlicher Hartnäckigkeit als Generalstreikkommission bezeichnet wird, obwohl es eine offenkundige Thatsache ist, daß durch die Generalkommission weit mehr Streiks verhütet als befürwortet oder, wie unsere "Öänner" von der Sorte der "Eisenzeitung" sich ausdrücken belieben, „angezettelt“ werden.

Allso 3 Millionen 600 000 M. haben "die Genossen" in den Jahren 1890 bis 1894 aufgebracht. Das ist in den Augen des Eisenzeitungsstatistiklers eine ganz entsetzliche Summe, für welche doch viel besser Sparmarken gekauft worden wären. Noch gräßlicher aber wird das Bild, wenn man dazu rechnet, daß dies noch lange nicht Alles, sondern daß die Summe des verlorenen Arbeitslohnes noch mindestens ebenso groß ist.

Man ist nun zunächst versucht, den Herrn Statistiker der Eisenbarone zu fragen, was es denn überhaupt ihn angeht, wie viel die Arbeiter zu dem Zweck ausgeben, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern und weshalb ihn die herangerechneten Summen so auf die Nerven schlagen? Freilich, als "Unteroffizier" oder insertiv wegen auch als Generalstabsoffizier des Unternehmeriums hat er

insofern ein Interesse an den Summen weil aus der Höhe derselben ein außerordener Schlüssel auf die Solitarität der Arbeiter gezogen werden kann, die ja den "Herren" zu allen Zeiten ein Geweiht gewesen ist. Über aus welchem Grunde der wenn auch nur zwischen den Zeilen ausgesprochene Jammer über die Summe der verbrauchten Gelder und des "verloren gegangenen Arbeitslohnes"? — Man kann solche Berechnungen und mehr oder minder drosslige oder auch übertriebene Nutzenwendungen häufig in Kapitalistengremien finden. Der "verlorene" Arbeitslohn wird als ein Verlust am Nationalvermögen hingestellt und als ein Vergehen bezeichnet, welches eigentlich an den Streikern Schuld gelegen werden möchte.

Und doch, fragen wir noch einmal: Was geht's Euch an, was wir für solche Zwecke verbrauchen? Fragen die Arbeiter vielleicht darnach oder gibt Ihnen Pfuschkuss, wenn sie fragen wir den, wie viele hundert Millionen alljährlich während der Sommermonate vom internationalen Faustenzerpack in den Modehäusern und fasshonablen Sommerfrischen stinklich verputzt werden? Sind diese "verloren gegangenen" Summen nicht auch ein Verlust am Nationalwohlstand? Darauf erhält man selbstredend keine Antwort, und "keine Antwort ist bekanntlich auch eine". — Über, erwähnt man uns, es ist doch jammerschade für die Summen, welche während der Streikwochen dem Arbeiter und seiner Familie am Lohn entgehen und für die vielen Groschen, die er jahrs, jahretu für die Unterstützung frivoler Streikbrüder hingelegt und sich dieselben an eigenen Lebensunterhalt abkämpft!

Bleber "Arbeiterfreund", lege einmal Deinen Heuchlermantel ab, dann wollen wir Dir antworten.

Die dreieinhalb Millionen Mark, welche die Streiks an Unterstützungsgebeltern geflossen haben, vertheilen sich auf die Arbeiter, die dazu beigetragen haben, sic anzusammeln, derart, daß auf den einzelnen Arbeiter pro Jahr im Durchschnitt 2 bis 3 M. treffen. Ein Rothschild wäre der Einzelne also nicht geworden, auch wenn er sie nicht zu dem Streifonds hergegeben hätte. Über auf der Sparkasse wären sie weit besser angelegt gewesen." Das bestreiten wir ganz entschieden. Die beste Sparkasse für Bagatellbeträge ist dem Arbeiter die Gewerkschaft. Von ihr, aus seinen Beiträgen, erhält er die Unterstützung, die er benötigt, um so lange feiern zu können, bis der Unternehmer seinen Trockopf ablegt und sich bequemt, die Forderungen der Arbeiter auf höheren Lohn zu genehmigen oder seine eigene ungerechtsame Prätention, den ohnehin laren Lohn des Arbeiters herabsetzen zu wollen, zurückzulegen. Da ist also von etwas Verlorenem gar keine Rede. Denn selbst wenn der Streik verloren gegangen ist: Sunt es dem Arbeiter vielleicht nicht körperlich recht gut, einmal 14 Tage oder 4 oder 6 Wochen ge-

selert, Verlust gehalten zu haben? ! Wir wissen wohl, man wird mit den Fingern auf uns deutet und glatzscheud sagen: „Ist es nicht unerhört selvol, den Faillenauer standpunkt zu Gunsten der Streis auszuspielen?“ Dieser Einwurf ist uns aber vollständig „Wurst“. Wird er doch von Leuten gegen uns erhoben, deren grösster Theil sein ganzes Thun und Dossen vom Standpunkte des Genusses und der Bequemlichkeit ausregt. Und dann haben die Arbeiter während ihrer Freizeit auch dafür gesorgt, daß die ohnehin „überfüllten“ Magazine nicht noch mehr mit Waaren, die sie nicht kaufen können, ausgefüllt werden. Eigentlich müßten die „armen“, unter der Überproduktion so schwer leidenden Unternehmer für diese Pausen in der Produktion haubar sein! Ja, das schon. Aber freilich nur, wenn die Arbeiter die Pausen auf jene Seiten verlegen würden, die den Unternehmern genehm sind; auf jene, da ohnehin „nichts zu thun“ ist, nicht aber auf die Seiten der Prosperität, wo „etwas zu holen“ wäre. Oft genug haben ja Grubenbesitzer in England und anderwo die Arbeiter zu Streiks getrieben, um während der Produktionseinstellung mit ihren Vorräthen aufzuräumen zu können. Also nur nicht skunkeln!

Aber der immense Verlust, der sich in den nicht verdienten Arbeitslöhnen ausdrückt. Nun, auch das ist gar nicht so schlimm, als es hingestellt wird. Gewiß, der Arbeiter nimmt während des Streiks nur die Hälfte seines sonstigen Einkommens oder noch weniger ein, er muß sich einschränken und seine und der Seinen Lebenshaltung heruntersetzen. Das ist wahr, aber wie ist es denn, wenn er unfreiwillig fasten muss, Wochen-, ja monatelang arbeitslos auf der Straße liegt und gar nichts heimbringt? Wo bleibt da das Mitleid der „arbeiterfreudlichen“ Streikosten - Stalldörfer? Genau genommen, verläßt der Arbeiter durch die freiwilligen Pausen nur die ihm aufgebrängten. Nur er nimmt dabei das ein, was er vorher angesammelt hat. Die Sache gleicht sich für ihn also aus.

Aber die Unternehmer, deren Interessen ja der Redakteur der „Eisenzeitung“ vertritt, haben einen Verlust dabei. Denn selbst wenn der Arbeiter den Streik verläßt, der Unternehmer also keine erhöhten Löhne zu zahlen braucht, so hat er doch während des Betriebsstillstandes keine

Gelegenheit gehabt, „Mehrwerth“ einzuholen. Und da liegt der Hase im Pfaffen. Zum mindesten nimmt das Kapital die Hälfte dessen, was es dem Arbeiter in Gestalt von Lohn als Unthilf an seinem Arbeitsvertrag überläßt, für sich in Anspruch. Und das geht ihm während des Streiks durch die Maschen. Haben also die Arbeiter 3 000 000 M. an Lohn eingebüßt, so hat er gegen 2 Millionen weniger Profit in der gleichen Zeit, und das bereitet ihm den Schmerz, der in den Arbeiten über die Kosten von Streiks zum Ausdruck kommt. Der Arbeiter aber ist so „elnsichtlos“, dies nicht zu wahrzunehmen.

Ein recht „unbaubares“ Volk, diese Arbeiter!

Kapitalistische Entbehrungs-Löhne.

Über eine ganze Reihe von Aktiengesellschaften aus der Metall- und Maschinenindustrie ist in früheren Nummern dieses Blattes berichtet worden. Die aus den Geschäftsberichten mitgetheilten Zahlen über Gewinne und Arbeitslöhne haben das Verhältnis von Kapital und Arbeit gut illustriert. Besonders werthvoll und instruktiv scheinen uns solche Zahlen in jedem Einzelfalle zu sein für die Arbeiter der betreffenden Geschäfte. Bekanntlich vermittelten die Unternehmer auf das Peinlichste, dem Arbeiter einen Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse des Unternehmens zu gestatten. Auf keinen Fall hört jemals der Arbeiter aus dem Mund eines Unternehmers, sei es selbst nun Fabrikant oder Fabrikdirektor, daß das Geschäft gut rentire, schöne Gewinne abwerfe, bei einem Aktiengesellschaften bei Beamten schöne Tautidien und den Aktionären fette Dividenden eintrage, daß reichliche Aufträge vorliegen. Dagegen ist es nicht Seltes, daß den Arbeitern die Lage des Geschäfts als eine schwierige dargestellt wird, daß die Konkurrenz immer schärfer und drückender, die Preise zurückgehen, nichts mehr verbreitert werde, ja zugesetzt werden müsse, daß deshalb der Arbeiter besser daran sei, als der Unternehmer und schließlich aus allen diesen Gründen die Arbeitslöhne reduziert werden müssten. Die hübsche Einrichtung des Aktiengesellschafts mit der gesetzlichen Verpflichtung zur Veröffentlichung des Geschäftsberichtes oder eines Aus-

gutes aus denselben setzt nun die Arbeiter in die Lage, die Aktiengesellschaften einzigermaßen zu kontrollieren und ihnen einen Einblick in das wirtschaftliche Getriebe des Unternehmens zu gönnen. Aus dem, was man hier erfährt und kennen lernt, kann man natürlich auch einen guttenden Schluss auf die wirtschaftliche Lage der Einzelunternehmen ziehen.

Nachstehend seien noch mehrere Geschäftsaufschlüsse von Aktiengesellschaften, die in den letzten Monaten bekannt wurden mitgetheilt. Diese Aufschlüsse sind meistens Ende Juni gemacht für das Geschäftsjahr 1894/95, haben also noch aktuelle Wert.

Die Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe erzielte einen Betriebsüberschuss von 894 583 M. (1893/94: 567 855 M.). Die Aktionäre erhalten 150 000 M. gleich 8 1/2 Proz. (6 Proz.) Dividende. Das Aktienkapital beträgt 1 750 000 M. — Die Badische Uhrenfabrik Kurtwangen machte einen Nettogewinn von 177 785 M. (177 001). Die Aktionäre erhalten 3 Proz. Dividende. — Mit einem Nettogewinn von 23 188 M. (32 070) schloß die Karlsruher Werkzeugmaschinenfabrik, vorm. Gschwind & Co., das Geschäftsjahr. Die Dividende beträgt 5 Proz. (5 1/2 Proz.). — Eine sehr gute Kapitalauslage bietet die Zeitzer Eisenfischerei und Maschinenbau-Aktiengesellschaft. Der erzielte Gewinn beträgt 422 661 M., wovon die Aktionäre 192 000 M. gleich 20 Proz. Dividende wie im Vorjahr erhalten. Über das laufende Betriebsjahr sagt der Bericht, daß die noch vorliegenden und in Aussicht stehenden Aufträge wieder glückliche Erfolge erwarten lassen. — Auf 2 Millionen Mark Aktienkapital machte die Märkische Maschinenbauanstalt vorm. Kämpf & Cie., Weiter an der Uhr, einen Nettogewinn von 236 524 M. Davon fallen 150 000 M. gleich 7 1/2 Proz. (6 Proz.) Dividende als goldene Früchte der Arbeit den Aktionären in den Schoß. Über das neue Geschäftsjahr bemerkte der Bericht, daß sich das Geschäft in gleichmäßiger Weise fortentwickle; die Gesellschaft habe einen großen Auftragbestand mit in das neue Betriebsjahr herübergekommen. — Bei einem Arbeiterbestand von 2795 (2905) und einem Aktienkapital von 5 625 000 M. beträgt der Gewinn der Vereinigten vormalss gräflich Einsiedelschen Werke „Lanzhammer“ 478 560 M. (431 576). Beweiskräftig ist, daß trotz

gesetzl. Wunder, daß er sein Leben lang, auch als er schon der Achtung seiner Mitmenschen in einem freieren Lande sich erfreute, einen scheuen, von unten herauf ängstlich forschenen Blick behielt.

Einmal wurde der Lehrlinge mit einem fertigen Kleidungsstück in das Haus eines Rathsherrn der guten Stadt Nürnberg geschickt. Man ließ ihn in einem Zimmer warten, wo auf dem Tisch eine unendlich scheinende Anzahl blauer Schäfer aufgezählt war. Unstreitig war es der Teufel, der ihm alle die Genüsse, welche mit einem einzigen Geldstück zu erlangen waren, in den verführerischsten Farben vorspiegeln; und wo so viele Schäfer sind, kann man doch die Abwesenheit eines einzelnen nicht merken. Der Rathsherr kam, war zufrieden mit der Arbeit und schenkte dem Lehrlinge auch einen von den Schäfern auf dem Tische. Den schob aber der Junge mit zitternder Hand zurück und lief aus dem Hause und in's Feld. Als er Abends sich heimischlich hatte er das Geldstück immer noch unangebrochen in der Tasche und es wog zentnerschwer. Aber die Entdeckung seines Verbrechens war schon vor ihm angekommen, und trotzdem der Rathsherr wandte auf die Bestrafung eines Diebstahls, der ja praktisch schon wieder gut gemacht war, verzichtete, brach die fürchterlichste Verfolgung über den armen

der Verringerung der Arbeiterzahl um 110 die Produktion gestiegen ist von 61 911 012 M. auf 69 528 020 M. — Der Nettogewinn der Maschinenbauanstalt Gottschald (wo?) beträgt 102 157 M. (101 335 M.), woraus die Aktionäre 72 000 M. gleich 8 Proz. Dividende erhalten. — Die Sächsische Webstuhlfabrik in Chemnitz erfreut sich an einem Nettogewinn von 724 158 M. (701 458). Die 16 prozentige Dividende (1. V. 12 Proz.) erfordert 480 000 M. „Das glückliche Ergebnis“, sagt der Bericht, „ist in der Hauptsache dem Aufschwung der Textilindustrie zuschreiben.“ — 825 742 M. (825 001) beträgt der Nettogewinn der Sächsischen Gußstahlfabrik in Döhlen bei Dresden. Die Aktionäre erhalten wieder wie im Vorjahr 10 Prozent Dividende gleich 180 000 M. Die Werke sind im neuen Jahre neuangefertigt und beschäftigt. — Auf ein Aktienkapital von 750 000 M. machte die Chemnitzer Wirtschaftsmaschinenfabrik vorm. Schubert & Salzer einen Gewinn von 187 282 M., gleich 87 Proz. des Aktienkapitals. Die Aktionäre sind mit einer Dividende von 10 Proz. (7 Proz.) erfreut worden. — Wie besser gefahren als im Vorjahr ist auch die Werkzeugmaschinenfabrik „Union“ vorm. Diehl in Chemnitz. Ihr reiner Gewinn beträgt 80 726 M. (16 748), woraus die Aktionäre 4 Proz. (2 Proz.) Dividende erhalten. — Die Sächsische Maschinenfabrik Chemnitz beziffert ihren Nettogewinn auf 1 131 037 M. (1015 251), wovon die Aktionäre 660 000 M. gleich 8 Proz. (7 Proz.) Dividende erhalten. — Der Nettogewinn der Hamburg-Amerikanischen Uhrenfabrik beträgt 410 551 M., die Dividende 7 Proz. Das Geschäft hat guten Absatz und volle Beschäftigung. — Aus dem Nettogewinn von 93 638 M. erhalten die Aktionäre der Wissener Bergwerke und Hütten, Bruchhöhe a. d. Sieg 84 000 M. gleich 8 1/2 Proz. (0 Proz.) Dividende. — Auf 4 114 290 M. Aktienkapital und 2 Millionen Obligationenschuld machte die Maschinenfabrik Augsburg, Aktiengesellschaft, einen solchen Gewinn, daß die Dividende auf 17 1/2 Proz. festgesetzt werden konnte gegenüber 14 Proz. im Vorjahr. Der Reservefond der Gesellschaft beträgt 3 317 000 M. — Die Aktiengesellschaft Niedinger, Maschinen- und Bronzewarenfabrik in Augsburg, erzielte einen Nettogewinn von 277 400 M. (173 900). Die Aktionäre erhalten 4 Prozent (3 1/2 Prozent) Dividende. —

Gesellenstift und erhielt von seinem Vater, der ein Glöckner war, einen Reichsthaler. Den band er sorglich mit seinen Ersparnissen, die sich auf vier Gulden beliefen, zusammen und ging ohne Abschied schnöde in's Felde, so daß er schon ein paar Stunden von Nürnberg entfernt war, als die anderen Gesellen noch auf ihr Erntetrament warteten. Daß er aber darum doch kein „gerechter“ Kammacher war, wird sich aus dem Weiteren erweisen.

Wie er bis Havre sich durchsucht, wie er von dort nach England und weiter nach Amerika sich durcharbeitete, wollen wir nicht erzählen. Auf dem Meere war es ihm noch gar beßrlich zu Muth, und er betete alle die Sprüche und Gesangbuchverser, die ihm noch im Gedächtniß waren; aber er atmete tief auf, als er in Baltimore das Land der Verheißung betrat. Wenn ihm auch die neue Welt in keineswegs freundlichem Lichte entgegentrat, ihm war es schon eine Erlösung, daß kein Mensch sich um ihn bekümmerre, und daß Niemand danach fragte, ob sein Vater mit beim Taufstein gestanden oder nicht. Es war aber damals die Zeit, im 49er Jahre, da ein tüchtiger Handwerker in Amerika willkommen war. Bald verdiente unser Schneidergeselle einen Lohn, der ihn geradezu fabelhaft vorkam, und von Stund an machte er sich in seiner Alt-

Die Lebensgeschichte eines Schneidergesellen und wie er Meister wurde.

Nächstehende Lebensgeschichte ist dem „Armen Teufel“ in Detroit, Amerika, entnommen, der von Robert Neitzel, einem ehemaligen Pfarrer, redigirt wird.

Die Lebensgeschichte, die Neitzel da erzählt, ist die Lebensgeschichte gar vieler armer Kinder aus dem Volke. Sie ist ein kleines Kunstwerk, das gewiß auf alle erhebend wirken wird.

Der Schneider, von dem sie handelt, hieß Johann J. Gebauer. Er lebte und starb in Baltimore.

* * *

Seine Kindheit war nur eine Leidenschaft von Stößen, Fußtritten und Prügeln. Der „Bankert“ war ihm zwar nicht auf die Stirne geschrieben, aber er lag als Auflage in den kalten Blicken der Mutter, die dem unerwünschten Sprössling eines längst abgeschafften Verhältnisses selbst die Lieblosungen vorreiherte, mit welchen das Thier verschwendert ist, es lag in der mürrischen Miete, mit welcher ihm die Großmutter von den Brocken ihrer Armut widerwillig mithielt, es gelte ihm als unausgesetzter Hohn in die Ohren von seinen Kameraden der Armerschule, und es folgte ihm noch in die Lehre nach, wo die Plagerei in verbesserten und vermehrten Auflage fort-

294 566 M^G Bruttoeinnahmen auf ein Aktienkapital von 2 Millionen machte die Maschinenbauanstalt, Eisengießerei und Dampfleistungsfabrik Paulsh in Landsberg a. W. und 90 000 M^G gleich 4 1/2 Proz. Dividende erhalten ihre Aktionäre. — Der unter der Direktion des „berühmten“ Kommerzienrath^s Baare siehende Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation zahlt seinen Aktionären eine Dividende von 5 Proz. (4 1/2 Proz.). — Die Aktiengesellschaft für Eisengießerei, vorm. Freynd in Berlin zahlt 13 Proz. Dividende wie im Vorjahr. — Einen Gewinn von 124 798 M^G (109 004) machten die Hagenar Gußstahlwerke. Die Dividende der Aktionäre stieg von 4 Proz. im Vorjahr auf 6 Proz. „Das neue Betriebsjahr wurde mit schönen Aussträgen eröffnet und waren alle Betriebe bisher befriedigend beschäftigt.“ — Die Maschinenbau-Aktiengesellschaft, vorm. Starke & Hoffmann, Hirschberg (Schlesien) zahlt 8 Prozent Dividende. Die Fabrik ist reichlich mit Aufträgen versehen. — Die Wer. Ruhrgas- und Lanzahlstite zahlt 4 Proz. Dividende. Der Bericht konstatiert eine Steigerung der Eisenpreise um 12 bis 13 M^G per Tonne. Die Hütte ist vollauf beschäftigt und verspricht der nächste Geschäftsaufschwung einen fetten Gewinn.

(8 Proz.) Dividende. — Die Düsseldorfer Eisenbahnbedarfs-Gesellschaft zahlt 12 Proz. (10 Proz.) Dividende — Die Badische Maschinenfabrik und Eisengießerei Durlach zahlt wie im Vorjahr 8 Proz. — Die Nähmaschinenfabrik vorm. Hfleb & Neff, Karlsruhe, macht 205 091 M. (170 400) Gewinn und zahlt den Aktiönnären 12 Proz. (10 Proz.) Dividende. — Von allen Seiten kommen die Nachrichten über Erhöhung der Produktionspreise, aber noch von keiner Seite wird Lohn erhöhung gemeldet. Den ganzen Nahm vertriebschafflichen Prosperität schöpfen in Gestalt erhöhter Gewinne die lachenden Aktionäre und die übrige fröhliche Kapitalliniegesellschaft ab, während die Arbeiter nach wie vor sich mit der Magazinisch ihres kargen Arbeitstlohnnes begnügen müssen. Das gilt für die Metallarbeiter und das gilt für die ganze Arbeiterklasse. Von sich aus erhöhen die Unternehmer die Arbeitswürde nicht, ohne Kampf bewilligen sie auch gestellte Arbeiterforderungen nicht und leider verlaufen auch viele Kämpfe in der jetzigen guten Zeit zum Nachteil der Arbeiter. Was ist da zu thun? Unseres Erachtens nichts anderes, als wie bisher fortzufahren in der Ausbildung, Organisierung und Schulung der Arbeiter.

den die Möglichkeit gewähren, mit Hilfe solcher Vereine zu maßregeln, zu schädigen und unter Umständen zu unterdrücken. Von einer gesicherten Rechtssicherheit des Vereins kann nach diesen Gesetzen nicht die Rede sein; Polizei und Gerichte legen dieselben oft in vollständiger Weise aus, so dass man oft nicht weiß, was für einen dem Gesetz unterworfenen Verein Recht ist und was nicht, was er thun darf und was nicht.

sterium des Innern aufgestellten Normalstatut entspreche. Sobald biesen gleichzeitig im Interesse des Gemeinwohls, wie der Vereine selbst getroffenen Vorbedingungen geuligt sei, werde die nachgesuchte Verleihung der juristischen Persönlichkeit regelwidrig gewährt."

Die Kommission hat nun allerdings das Konzessionsystem nicht in seiner vollen Schärfe konstruiert, aber doch der ihm zu Grunde liegenden Tendenz in recht bedeutsicher Weise Rechnung getragen. Schon die erwähnte Thatsache, daß der Entwurf die Bestimmungen der Landesgesetze, betreffend das Verelbstwesen, völlig unberüht läßt, entspricht dieser Tendenz, d. h. der Tendenz nahezu unbegrenzter Bevormundung. Man bedenke, in welchem Maße die Kunst der polizeilichen und richterlichen Auslegung sich an den Verelbstgesetzen zum Nachtheil des Flechts schon erprobt hat; man erinnere sich insbesondere der sächsischen behördlichen Praktiken, die längst so weit geschiehen sind, daß die dortige Polizei jedem Arbeiterverein, der ihr nicht genügt ist, unter legendem Vorwande das Leben nicht auszublasen vermag.

Die Norm, wonach Vereine die Rechtsfähigkeit erlangen können, sieht der § 23 des Entwurfs wie folgt fest:

Berelne zu gemeinnützigen, wohlthätigen, geselligen, wissenschaftlichen, künstlerischen oder anderen, nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichteten Zwecken erlangen Rechtsfähigkeit durch Eintragung in das Vereinsregister des zuständigen Kreisgerichts oder durch staatliche Verleihung.

"Andere Vereine erlangen Rechtsfähigkeit nur durch staatliche Verleihung.

„Die Verleihung der Rechtsfähigkeit steht dem Bundesstaate zu, in dessen Gebiete der Verein seinen Sitz hat.“ Darüber, was ein gemeinnütziger, wohltätiger, geselliger, wirtschaftlicher oder künstlerischer Zweck ist, äußert der Entwurf sich nicht. Die diesbezüglichen Ansichten gehen bekanntlich sehr weit auseinander, und gerade die Ansichten der Behörden sind häufig gar absurde. Wird der Verein von Leuten gebildet, die der Polizei politisch verdächtig sind oder ihr als „Umwälzer“ gelten, von Arbeitern, Sozialdemokraten, so macht sie geltend, daß das, was der Verein will, gar nicht gemeinnützig, wohltätig u.s.w. u.s.w. sei, daß der „wahre

sicher auf dem Platze. Sie sorgte auch dafür, ihn in die richtige Gesellschaft zu bringen, und die war damals, wo so viele frische Geister nach Amerika verschlagen worden waren, auch in Baltimore zu finden. Und ehe sie sich's versahen, verloren sie den alten Glauben mit seinen eingebildeten Freunden und Schrecken und gewannen dafür die volle Lebens- und Schaffensfreude, so dass weit und breit kein glücklicheres Ehepaar mit den rasch aufeinanderfolgenden und heranwachsenden Kindern zu finden war. Nur zu einem haben sie es nie gebracht, zu einem sicherem Wohlstand, denn eine freudige Stunde mit Freunden, ein geistiger Genuss, ja sogar ein reichlicher Mittagstisch, auf dem die schwäbische mit der bayerischen Küche wettete, waren ihnen alle Zeit mehr wert als ein weiterer Eintrag in's Bankbuch.

Und dann, die Frau stammte aus einem gastfreudlichen Pfarrhaus, und der ehemalige Geselle kannte keine schöneren Verlöhnung der ihm einst angelassenen Schmach und Erniedrigung, als die Bewirthung von armen Teufelsu. Deinetwegen

von armen Leuten. Doppelt wünschenswert waren aber solche, die durch Vorlesen, Gesang, Musik, Erzählen und etwaige Aufklärung in Fragen der Wissenschaft ihr Theil an den gemeinsamen Kostesten vergüteten konnten. So fand sich denn immer ein Zimmerchen in dem einfachen Hause und ein Platz am Tisch für

Das Vereinsrecht im Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches.

Der in nächster Reichstagsession zur Verhandlung gelangende Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches für das deutsche Reich handelt u. A. auch von Vereinen als juristische Personen. Er will für das Gebiet des gesamten Vereinswesens bestimmen, welche Privatrechte ein Verein als solcher besitzen kann, ob er Verträge zu schließen, zu klagen und verklagt zu werden vermag; er will also das festsetzen, was die Juristen die "Rechtsfähigkeit" eines Vereins nennen. Gewiß ist die gesetzliche Regelung der Rechtsfähigkeit der Vereine eine sehr wichtige Frage, besonders auch für diejenigen welchen wirtschaftlichen und humanen Zwecken dienenden Arbeiterorganisationen. Auf keinem anderen Rechtsgebiete sind privates und öffentliches Recht so eng miteinander verknüpft, wie auf dem des Vereinswesens. In allen deutschen Bundesstaaten gibt es besinnlich Vereinsgesetze, die mehr oder weniger reaktionär sind und den Behör-

wenn sie so miteinander charmirten, als ob sie allein auf der Welt seien. Jetzt aber, als er von der Nottheit der verlassenen Frau hörte, zog ein gewaltiges Mitleid in sein Herz. Er machte also mit dem Wirth einen Vertrag, nach welchem derselbe die junge Witwe wieder in besseres Quartier bringen und sie auf's Beste befresten musste. Alles auf

und die Beute verfolgten mußte, das seine, des Gesellen, Kosten. Das sollte aber ein großes Geheimniß sein und durch eine von unbekannter Hand eingeschlossene Geldseidung erklärt werden; denn der Geselle hätte eher mit dem Präsidenten von Amerika einen Streit angesehen, als daß er dieser Frau als Wohlthüter unter die Augen getreten wäre. Die Frau aber, die ja bald die Wahrheit erfuhr, dachte anders. Eines Tages vertrat sie ihm den Weg und nahm ihn auf ihr Zimmer und sagte ihm, daß sie jetzt in einer Fabrik Arbeit gefunden und daß sie nicht mehr berechtigt sei, von ihm Unterstützung anzunehmen und morgen ausziehen werde; selbstverständlich auch der Dankesworten viel, und daß er der einzige gewesen, der sie aus der Verzweiflung an Gott und den Menschen gerettet. Zuletzt weinte sie, und unserm Gesellen, der so beschämmt und verwirrt stand, als ob man ihn wieder auf einem gestohlenen Schäfer ertappt hätte, ließen auch die Thränen über die Wogen. Endlich stot-

terte er so was hervor, wie er ja ein kleines Häuschen einrichten und sie fliehn und ein paar andere die Wirthschaft führen könnte, und wie er es wohl begreifen müsse, daß eine gebildete Frau nicht von einem Schneidergesellen abhängt sein möchte.

Da aber fiel ihm die Frau, die nach
umsonst eine von den richtigen Pfarrers
Söhnen war, in's Wort: „Was Will-
dung! Ich habe kaum so viel gelernt
um mich vor dem Hungertod zu schützen, und
mein armer gebüßdeter Mann hat mich
feig im Stich gelassen. Sie aber . . .
wenn ich wirklich etwas Rechtes für Sie
thun soll und wenn Sie etwas Rechtes
für mich thun wollen — da lächelte sie
ein klein wenig durch die Thränen —
so müssen Sie mich nehmen mitzum
meinem Kind, so müssen Sie mich hei-
rathen.“

Da warb dem Gesellen auf einma
bewußt, daß die Zeit für ihn gekommen
war, sein Meisterstück zu machen; und
der Leser kann sich denken, wie diese
Unterrichtung zu Ende kam.

Und daß er Mann und Meister würde, das für sorgte die junge Frau. Während er schreiberierte, las sie ihm die populärwissenschaftlichen und revolutionären Schriften vor, die den einzigen Nachlass ihres ersten Mannes ausmachten, und wenn des Abends ein belehrender Vortrag gehalten wurde, so waren die Beide

Zweck auf „ganz etwas Anderes“ (Ausstellung, Künste u. s. w.) sich richte, daß also dem Verein die Rechtsfähigkeit nicht gewahrt werden könne. Die Erfahrung lehrt an vielen Hunderten von Fällen, was wirkliche Ausfassung der Behörde in dieser Hinsicht zu leisten vermag. In Sachsen, Preußen und anderen Bundesstaaten hat die Polizei Arbeitervereine, die sich Unterstützung in Streiksäßen, Unterstützung an Arbeitslosen u. s. w. zur Aufgabe gestellt haben, als „politische“ Vereine unterdrückt; andere Arbeitervereine, die sich der Wissens- oder Kunstausstellung widmeten, hat die schlesische Polizei als „gegen die Moral verstörend“ verboten. Der Entwurf ist weit davon entfernt, sich gegen derartige Praktiken zu richten, welche mit der Rechtsicherheit unvereinbar sind; er funktioniert dieselben geradezu. Nach § 40 Absatz 3 kann die Behörde einen Verein, welcher statutengemäß einen politischen, sozialpolitischen oder religiösen Zweck nicht hat, aufzulösen, wenn er einen solchen Zweck verfolgt. Das heißt: die Behörde kann jeden Verein auflösen, von welchem sie a u n i m i t b e hauptet, daß er solche Zwecke entgegen dem Statut verfolge. Solche Annahmen und Behauptungen zu machen, völlig willkürlich zu machen, und dann zu verfahren, hat, wie die Erfahrung lehrt, für die Polizei keine Schwierigkeiten.

Das Verhügen des aufgelösten Vereins fällt nach § 41 an den Zustand, wenn die Mitgliederversammlung dasselbe nicht einer öffentlichen Auslast oder Stiftung zuwölfe.

Der Entwurf nimmt in dem mitgeteilten § 23 eine ungerechte Bevorzugung der Vereine mit sogenannten idealen Tendenzen (d. h. wenn dieselben zugleich „sozial“ sind) vor. Jeder Kunstverein der Bourgeoisie, jeder Regelklub, jeder Rauchklub, kann, wenn er Werth darauf legt, sich in das Vereinsregister des zuständigen Amtsgerichts eintragen lassen. Über die für das öffentliche Leben überaus wichtigen Fach- und Berufsvvereine bleibt ausgeschlossen, sie bedürfen für ihre Zwecke der Verleihung der juristischen Persönlichkeit durch den Staat. Und wenn die Behörde solche Vereine nicht als „sozial“ erachtet, so macht sie die Verleihung unmöglich. Das spricht der § 55 des Entwurfs deutlich aus mit den Worten:

„Die Verwaltungsbehörde kann gegen die Eintragung Einspruch erheben, wenn

irgend einen zugefahrenen Schüler oder durchgesallenen Studenten, und wenn es des Abends zum Bier ging, brachte er sich nicht zu schämen, auch einmal zu bestellen, denn die Mutter ging immer mit und führte die Kasse.“

Niemand weiß besser, wie man bei diesen guten Menschen daheim war, als ich. Denn als ich in meiner Kandidatenzeit, die für mich eine viel armeligere war als die des freien Herumtrampens, nicht wußte, wo ich mein Haupt hinlegen sollte, waren es diese freisinnigen Schneidersleute, die dem angehenden Pfüßlein das Dasein ermöglichten. Ich besorgte beispielsweise den schwunghaften Petroleumshandel, den „wir“ mit der Schneiderei verbunden hatten, ganz allein, und wenn ich hübschen Dienstmädchen ein besseres Maß habe zutunnen lassen, so wird mir's der Herrgott zu meinen anderen Sünden geschrüben haben. Auch bestammte ich ihnen immer die Predigten vor, die ich immer für die Herren Pfarrer umsonst halten mußte, und als ich mir mit der ersten Kindtaufe, zu der ich, wie ich nachträglich erfuhr, gar keine Berechtigung hatte, die ersten zwei Dollars verdiente, wurde ein Sommernachtsfest veranstaltet, zu dessen Kostendeckung die Mutter noch einen Dollar drauslegen mußte. Sie freuten sich, als ich in Amt und Würden kam, denn, sagte die Frau, ein Pfarrer kann auch Gutes thun, das

der Verein nach dem wesentlichen Vereinsrecht unerlaubt ist oder verboten werden kann, oder wenn er einen politischen, sozialpolitischen oder religiösen Zweck verfolgt. Wird Einspruch erhoben, so hat ihn das Amtsgericht unter Auslegung der Eintragung dem Verein mitzuhelfen. Der Einspruch kann im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens, wo ein solches nicht besteht, im Wege des Rekurses, nach §§ 20, 21 der Gewerbeordnung aufgehoben werden.

Das Gericht hat im Auflösungsverfahren also nichts mitzureden. Die Behörde sieht ihr „Auflösungsrecht“ im Verwaltungsverfahren durch. Dabei ist der Vortheil immer auf Seite der aufgelösten Behörde. Das ihr Einspruch im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens angefochten werden kann, ist ein schlechter Trost. Es kommt bei dieser Ausfechtung nichts heraus für den Verein. Und ganz gewiß wird die Polizei ihr Einspruchrecht in ausgiebigstem Maße gebrauchen gegen alle Vereine, welche die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen bestimmt sind. Die Kommission ging allerdings von der Annahme aus, die Fach- und Berufsvereine seien ohne Weiteres als unpolitische zu erachten und würden als solche keine Ausfechtung erfahren!!! Aber wer die Regierung und die Polizei und ihr Verhalten gegen solche Vereine kennt, wird nicht daran zweifeln, daß sie mit allem Nachdruck ihre Ansicht, daß dieselben politische oder sozialpolitische Zwecke verfolgen, zur Geltung bringen wird.

Sehr bedeutslich und im höchsten Grade ungerecht ist es weiter, daß die Rechtsfähigkeit allen Vereinen versagt werden soll, deren Zweck auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb geht und daß Vereine, die entgegen ihrem Statut solchen Zwecke dienen, aufzulösen sind.

Diese Bestimmung richtet sich auch wieder gegen die Arbeiter. Es ist zu forberu, daß auch Arbeiterorganisationen, Vereine, die Hilfeunterstützung u. s. w. zahlen oder irgend welchen wirtschaftlichen Zwecken dienen, z. B. eine Zeitung herausgeben, die Rechtsfähigkeit ohne Weiteres erlangen. Die Verleihung dieser Fähigkeit darf unter keinen Umständen von dem Bestehen der Verwaltungsbehörde abhängig sein. Die Vereine müssen durchaus geschützt sein gegen polizeiliche Willkür. Die Behörde darf nicht die Befugnis haben, die Verleihung der

weil ich von meinem Vater. Sie freuten sich aber noch viel mehr, als ich aus Amt und Würden herauskam; denn: „Zu einem Pfaffen bist Du viel zu gut“, meinte diesmal die Frau Meisterin.

Ich habe sie dann nur noch in längeren Zwischenräumen gesehen, aber mein Besuch war jedes Mal für mich eine Heimkehr und für die Alten ein Fest. Da sah ich auch, daß mit dem Erwachen der sozialen Frage auch der alte Gross, der bewußt oder unbewußt von einer versinkten Kündheit immer zurückbleibt, in meinem Freunde erwachte, dieser friedlichste Mensch sehnte sich nach der blutigsten Revolution. Wir schwärmen zusammen von den kommenden Siegen der Freiheit, die wir nie zusammen erleben sollten. — Die Frau ging zuerst, ich konnte wenigstens am Grabe meinen Gefühlen für sie Ausdruck verleihen. Mit ihr war auch die rechte Lebensfreude des Mannes dahin. Nun haben sie auch ihn, der ein sehr müder Mann geworden war, zur letzten Ruhe getragen.

Nur wenige Leser des „Armen Teufel“ haben den Johann Jakob Gebauer gesehn. Aber ich glaube, es war doch der Mühe werth, dieses einfache Dasein, das so viele Liebe und Güte und Lebensfreude enthielt, noch einmal aufzulösen zu lassen.

Rechtsfähigkeit vom Charakter der Vereine abhängig zu machen: es darf kein Unterschied gemacht werden zwischen unpolitischen und politischen Vereinen.

Das „Vereinsrecht“, wie es der Entwurf erachtet modest, ist ein Ausnahmegesetz schlimmster Art gegen die arbeitenden Klassen.

(„Grundstein.“)

Großer Anzug.

Es passierte längst erst wieder in Berlin, schreibt die „Bildhauer-Zeitung“, daß angehörende Musensöhne einen Spektakel auf der Straße vollführten, indem sie sich welgerten, der Aufrufung eines Schuhmanns mit zur Wache zu kommen, Folge zu leisten; als sie sich schließlich doch bequemt mißten, thaten sie es schweren Herzens, waren sich auf der Wache propria in die Brust und ulsten die Polizeibeamten an.

Es ist das nach unseren Begriffen „Großer Unzug“ und wird auch, wenn es zum Prozeß kommt, gehabt, meistens sehr mild. Eine Gelbstrafe, die wohl einen kleinen Aufruhr bei dem mehr oder minder physisch veranlagten Erzenger der „Herrn Studenten“ hervorruft, ist die Söhne für das „Große Unzug“-Vergehen, hinterläßt aber sonst besondere Spuren bei dem „Delinquenter“ nicht.

Eine andre Art von „Großer Unzug“ ist, wenn bei militärischen und anderen Schaugeprägen ganze Straßenläufe plötzlich gesperrt werden, sobald sich Pferdebahnen, Omnibusse, Droschen und anderes Fuhrwerk zu einem unheimlichen Chaos staut, ganz besonders aber die Passanten in dem Nachgehen ihres Erwerbes gehindert werden. Denn Welt hat noch niemals so viel Gelb bedeutet, wie in dem Zeitalter der hochentwickelten kapitalistischen Produktion.

Nicht minder „Großer Unzug“ ist das Gejohle, Geschrei und Hurrahgebrüll, nicht der misera contribuens plebs*) im Allgemeinen, wohl aber jener Abart der Plebs, die sich ihrer Klassenlage noch nicht bewußt, ihre Arbeiterwürde für einen Pappensiel, für öffentliche Spiele — nicht einmal für Brod und Spiele selbst in den Roth tritt.

Ganz besonders „Großer Unzug“ ist es aber, wenn nichtuniformierte, beim Publikum also nicht kenntliche Polizeispieß auf wehrlose Versammlungsbesucher mit Gummischläuchen und ähnlichen den üblichen Nachdruck gebenden Instrumenten einhauen und dafür als treue Wächter der Ordnung noch öffentlich belohnt werden.

Alle diese von uns angeführten Arten des „Großen Unzugs“ wirken unmittelbar auf Leben, der nicht gar zu sehr abgestumpft, wohl gar selbst ein Blowdy ist, der zu grobem Unzug ganz besondere Neigung verspürt — oder das Metier eines „Achtgroschenjungen“ hat. Es wird also ein mehr oder minder großer Theil des Publikums beunruhigt oder es erregt bei ihm Vergerniß, was zum Dolus, zur Teststellung des Thalbestandes des „Großen Unzugs“ nothwendig ist. Mittelbar, d. h. nicht so direkt, wie in den oben angegebenen Fällen, wirken riesengroße reclameartige Geschäftsa und Vergnügungsanzeigen in unschöner Form und Ausführung an freilegenden Häusergiebeln oder sonstwo in belebter Gegend.

„Vergerniß“ wird das eben nur bei Denen „erregen“, deren Sinne verfeinerter, deren Augen geschulter, kurz, deren Verständniß für berartige Dinge ein gereifteres ist.

Es hat sich aber bis jetzt noch kein Staatsanwalt gefunden, der hier eine Anklage erhoben, oder ein Gerichtshof, der hier eine Beruhigung wegen „Großen Unzugs“ ausgesprochen hätte. Es hat sich ferner auch noch kein Gerichtshof herbeigeflossen, festzustellen, wie viel Personen denn zu einem „beun-

rühten Kreis“ des Publikums gehören, um auf Grund des „Großen Unzugs“-Paragraphen eine Verurtheilung herbeizuführen. Folglich sind wir vollauf berechtigt, von „Groben Unzug“ zu reden, wenn auch nur eine Person in ihrem ästhetischen Empfinden verletzt wird. Und man kann durch künstlerisch unschöne Darstellungen ebenso verlegt, „beunruhigt“ werden, wie durch unschöne, unsittliche Darstellungen. Die Sittlichkeit sucht man durch Bestrafung unsittlicher Darstellungen hie und da zu „heben“, die Sittlichkeit überläßt man sich selbst. Und das ist auch ganz richtig so! Denn wir haben die Missgriffe von Behörden auf diesem Gebiete zur Genüge kennen gelernt und fragt es sich überhaupt, ob Bestrafungen in all den Fällen das bezwecken, was beabsichtigt wir“.

Wir sagen: Nein! Wenn etwas bessernd auf die weltbesten Volkskreise einwirken kann, so ist es Dies: daß man dem Gerechtigkeitssinn des Volkes weltbesten Spielraum läßt und nicht Gelegenheit gibt, Zweifel zu hegen an der Gerechtigkeit der blinden Frau Justitia.

Diese Zweifel werben aber gefährlich durch die neuesten Ereignisse auf dem Gebiete des „Großen Unzugs“.

Wir haben schon Bestrafungen erlebt auf Grund des § 360, Abs. 11 des Strafgesetzbuches (es ist dies der „Große Unzug“-Paragraph) wegen Tragens rother Nelken und anderer rothlich schimmernder Blumen, oder rother Schleife; wegen des Schwenkens eines schwarzwelz-rothen Taschentuchs, dessen rothes Drittel überwog zu Ungunsten der anderen beiden Drittel; wegen Ausbringens eines Hochs auf die internationale revolutionäre Sozialdemokratie; wegen Ausbringens eines Plakats in dem Fenster einer Gastwirtschaft; „Willkommen dem Preßkinder nach 14wöchiger Haft“ — aber daß die Warnung „Buzug fernzuhalten“ und das „Verhängen der Sperre“ grober Unzug sein soll, ist neu!

Nach der Gewerbeordnung sind alle Strafbestimmungen, die früher die Arbeiterkoalitionen, vor Allem die Arbeitsniederlegungen zur Erzielung besserer Arbeitsbedingungen, behinderten, beseitigt. Soll nun aber ein Erfolg von vornherein nicht aussichtslos gemacht werden, muß auf irgend eine Weise vor Buzug gewarnt werden. Es geschieht das meistens durch die sogen. Fachblätter, die in den einzelnen Gewerkschaften herangegeben werden, oder durch Inschriften in politischen Tagesblättern. Auch gehört das Verhängen der Sperre über einzelne Werkstätten in dieses Ausbrum. Bis her, d. h. seit dem Entstand der Gewerbeordnung, 1869, „ging es auch so“, bis in neuester Zeit das Reichsgericht entschieden hat (vergl. unsere vorige Nummer unter „Gerichtszeitung“), daß durch das Warnen vor Buzug und das Verhängen der Sperre auch nicht direkt daran beteiligte Arbeitgeber beunruhigt werden können und somit der Dolus (eventualis?) des groben Unzugs gegeben ist. Es liegt nun die Absicht vor, „wie man hört“, ganz besondere die Gewerkschaftspresse auf's Korn zu nehmen, zu deren ständigen vornehmsten Aufgaben es gehört, die organisierten Berufsgenossen auf die Städte und die Werkstätten aufmerksam zu machen, wo Differenzen ausgebrochen, um auf diese Weise durch das Fernhalten des Buzuges die Möglichkeit des günstigen Ausgangs überhaupt erst herbeizuführen.

Es ist nun gar nicht zu vermeiden, daß nicht auch Leute die betreffenden Zeitungen in die Hände bekommen, für die sie gar nicht bestimmt sind. Man denke nur daran, daß für gewisse Elemente sogar ein bestimmtes Interesse vorliegt, den Arbeitgebern berartige Zeitungsexemplare in die Hände zu spielen,

* Das arme steuerzahrende Volk.

dannit diese als die "Verlebten", als die "Beunruhigten" eine Ansage wegen "Groben Aufzugs" veranlassen können.

Der Kreis der Beunruhigten wäre ja nun da und könnten somit Verurteilungen erfolgen, wo bleibt aber das Koalitionsrecht der Arbeiter, wenn man es wegen eines so künstlich gezeichneten Personenkreises zu durchbrechen versucht?

Selbst die Warnung, in den Werkstätten aufzugehen zu gehen, sucht man durch Bestrafungen aus der Welt zu schaffen, was eine Gewerkschaftsorganisation soll sie Werte haben, so unbedingt braucht, wie ein Mensch das liebe Brod.

Der Reaktion der "Breslauer Volkswacht" ist ein Strafbefehl von 100 Mk zugegangen, weil sie aufgefordert hatte, dass Anfragen in einer bestimmten Blägartenfabrik zu unterlassen; ferner hatte sie gewarnt, den Bedarf an Blägaren in einer Fabrik zu decken, deren Leiter mit ihren Arbeitern in Differenzen gerathen war.

Weiter geht's nun halb wahrhaftig nicht mehr. Es übersteigt ein beratiges Vorgehen alles bisher Dagewesene. Überseht man denn ganz und gar, wie dadurch erst wahre Beunruhigung, wahres Vergeruf in weite Volkstreie hineingetragen wird?

Es muss der deutsche Reichstag bei seiner demnächstigen Tagung zur Wahrung des Koalitionsrechtes energisch gegen diese Auslegung des "Groben Aufzugs"-Paragraphen protestieren und davor warnen, dem Dolus des "Groben Aufzugs" eine gar zu weite Ausdehnung zu geben. Von dem an und für sich schon genug beschrittenen Koalitionsrecht der Arbeiter darf nicht noch Stein für Stein abgebrockt werden.

Neben die Hirsch-Düncker'schen Gewerkschaften

spricht sich Professor Baumgarten, den jüngeren Christlich-Sozialen zugehörig, in einem Briefe an die "Hilfe" auf Grund eigener Beobachtung aus. Sein absätziges Urtheil ist um so bemerkenswerther, als er den "Gewerkschaften" befreundet zur Seite treten wollte. Es heißt in seinem Brief:

"Wolfschen Sozialdemokraten und Gewerkschaften in einer unangenehmen Weise besaßen sich am 14. Oktober mehrere Mitglieder des Evangelisch-Sozialen Arbeitervereins zu Kiel. Da bisher zwischen uns und den hiesigen Gewerkschaften ein freundliches Verhältniss geherrscht hatte, da sogar Mitglieder unseres Vorstandes dem dortigen angehörten, so bestand bei uns die Absicht, bei der öffentlichen Versammlung den befreundeten Verein nach Kräften zu unterstützen. Der lezte Thätigkeitsbericht des Amwalts Dr. Hirsch konnte zwar nur von wenig großartigen praktischen Erfolgen, immerhin von respektablen Strebem, von ernstlichem Eintreten für die Arbeiterinteressen bezüglich Umsatzvorlage und freies Koalitionsrecht und von einem seitigen Anwachsen der Vereine berichten; und besteht nicht auch in der Abwehr der materialistischen und kollektivistischen Bestrebungen der Sozialdemokratie erhebliche Interessengemeinschaft zwischen uns und ihnen?"

"In dieser letzteren Annahme aber erschütterte viele das Erlebniss dieses Abends, der mit einem kaum verbrecket Glas Ko der Gewerkschaften endete. (Siehe den Berichtsbericht in Nr. 44 unseres Blattes, Neb. der "M.-A.-Btg.") Die Hauptschuld daran trug der Referent, der von Berlin geholte Vorsitzende des Gewerkschafts der Maschinenbauer und Metallarbeiter, Mauch. Nicht genug, dass er an Vorbereitung und Fähigkeit von fast allen sozialdemokratischen Freibnern übertrroffen wurde; das Schlimmste war der Eindruck des Spießbürgertums, der von all seinen wenig bestimmten Erörterungen, und der Eindruck des phrasenhaften Verwirrten an der Oberfläche und bei Kleinigkeiten, der von all seinen scheinbar überlegenen Erwiderungen im Reste blieb.

Herr Mauch redete über: "Welche Organisation der Arbeiter ist die beste?" Er suchte zunächst aus der Chartistischen Bewegung zu erweisen, dass die politische Organisation nicht, aber doch zu langsam zum Ziele führe, und dass derweilen der Arbeiter vorhingere. Dagegen erhob er die, wie er meinte, von

den englischen Trade-Unions einfach soviel Organisation der Gewerkschaften in den Städten, als eine nicht politische, sondern rein gewerkschaftliche Organisation der Selbsthilfe. Daß die englischen Trade-Unions ganz andere Kräfte und Folge auswiesen, gab er zwar zu, wagte aber nicht, den deutschen Arbeiterkampf nachzusagen, daß es ihr an der Intelligenz und Nächtheit der Engländer mangelt und darum an Erfahrung auch diese Reformbewegung. Dagegen wog er, durch die Gewerkschaften den Beweis erbracht zu behaupten, für die Möglichkeit, eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit rein auf dem Wege der Selbsthilfe durchzuführen; wie konnte er da die Zusammenziehung seines Vereins aus überwiegend qualifizierten und wenigen (ca. 12000) Hand- und Fabrikarbeitern außer Agen lassen? Die sehr billigen Anzapfungen der Sozialdemokraten wegen ihrer inneren Streitungen, Terrorismus und Selbstversiegung könnten doch die Gedanken nicht ablenken von dem durch gegenseitige Neubildung sehr geschick vorgenommen Vergleich der Gewerkschaften und der Gewerkschaften. Mehr aber als dieser banalste, einz praktische Gesichtspunkt bedeutet doch die Vergleichung der beiden Organisationen vom Standpunkte des Klassenkampfes. Da ist die vom politischen Freiheit geleitete gähne, arbeitgeberfreundliche, von der "Harmonie zwischen Kapital und Arbeit" traumende Taktik der deutschen Gewerkschaften in der Streitfrage, worin sie sich wesentlich von den englischen Trade-Unions unterscheiden, und die opferwillige, energische, ausdauernde Solidarität der kämpfenden Gewerkschaften auch nur zu Ungunsten ersterer zu betrachten.

Geschickt wurde die zum mindesten passiven Haltung der kleinen Gewerkschaften gelegentlich der Finanzierung des Budgets für die Stadtverordnetenwahlen als Anklagesmaterial verwendet. Die Versuche des Vorwiegenden, diese Haltung als mit den unpolitischen Gewerkschaften nichts zu schaffen habende Privatsache der einzelnen außer Diskussion zu stellen, mißlangen; handelt es sich bei jener Bereitstellung der Wahl von Arbeitervertretern doch um ein erhebliches Interesse der Arbeiter, z. B. bei Notstandsarbeiten, Löhnung städtischer Arbeiter etc. So weiter die Diskussion ging — sozialdemokratische mit dem schwersten Geschäft von prinzipiellen Forderungen und Ideen, von Gewissensanklagen und weitesten Perspektiven, andererseits mit dem leichten Geplänkel einzelner Vorhaltungen (abgesetzte Sozialdemokraten, veruntreute Partei, persönliche Beleidigungen gegen Legionen und selbst gegen Anwende) geführt — desto unmöglich war es einem überzeugten Christlich-Sozialen, seine Stimme zu Gunsten der Gewerkschaften zu erheben. Konnte man den Sozialdemokraten die Siegesgewissheit verleihen, womit sie auf ihre Erfolge hinwiesen, auf ihre größeren Opfer, auf ihr tiefergründendes, bewußtes Eintreten für die Arbeiterbrüder? Wer wagt es noch zu leugnen, daß wir der politischen Organisation der Arbeiterpartei fast alle arbeiterfreundlichen Gesetze, die Versicherungs-, wie Schutzgesetze verbannt, während die Führer der Gewerkschaften mit Eugen Richter von der Selbsthilfe der freien Städte und dem Selbstschutz durch Bildung trännten?

Dass nun aber gegen Ende der Verhandlungen statt der ungeduldig erwarteten Vorführung der grundsätzlichen Verkehrtheit der sozialdemokratischen Utopien und ihrer fanatischen Agitation, ihrer materialistischen Idee und gewölklichen Mühelosigkeit, vielmehr persönliche Ausfälle unerträglich die Zeit wogen nahmen, das tödete den letzten Rest von Sympathie. Mögen die einzelnen Mitglieder unsere Freunde bleiben, die Organisation als solche, für welche übrigens der Männerliche Besuch und das spärliche Mitreden der eigenen Leute kein großes Bedürfnis ablegten, steht uns nahezu fernier als die Sozialdemokratie. Denn von unserem Programm: "Gotteshilfe, Staatshilfe, Selbsthilfe, Brudershilfe" teilten wir zwei Stücke mit den letzteren, nur ein Stück mit den ersten. Wenigstens der gewiß berufene Vertreter der Gewerkschaften, Herr Mauch, ritt wohlgefällig nur das Stedenpferd der Selbsthilfe. Von Brudershilfe war nur nebenher und im engsten Sinne des wohlverstandenen, eigenen Interesses die Rede. Von Staatshilfe verspricht er sich noch immer wenig, ja im Grunde verabscheut er sie als den Tod der Selbsthilfe. Von Gotteshilfe aber weiß er nicht mehr als die Sozialdemokraten, die noch zu vornehmen waren, um die Umsetzung des "Vele und arbeits" in "Thue deine Schuldigkeit und schaffe" und seinem Spott über das ansichtslose bloße (!) "auf den Kienten rutschen" zu berücksichtigen. So vollendet sich denn das Bild eines schwung- und ideenlosen Phrasentums, einer selbstgefälligen, kurzichtigen, kleinkreisigen Bourgeois-Auffassung; der niemals die deutsche Arbeiterbewegung anheimfallen wird. In der That machte die

verdeckte Arbeiterkraft mehr den Eindruck von Selbst- und weitgestreuten Freuden, als von Kämpfern der erst zu erlangenden Arbeiterrechte."

Deutscher Metallarbeiter-Verein.

Verantragung.

Den Protokollbestellern diene zur Nachricht, daß die Protokolle der 2. Generalversammlung vollständig vergriffen sind und daß somit die Bestellungen nur langsam erledigt werden können. Alle eingegangenen Bestellungen sind vorgenommen und werden der Reihenfolge (nach dem Datum des Eingangs) mit etwaigen Stimmen erledigt werden.

Gleichzeitig ersuchen wir Diejenigen, welche noch unverlaufen Protokolle in Besitz haben und sie wahrscheinlich in nächster Zeit doch nicht ablesen, dieselben umgehend nach hier einzusenden.

Ebenso wollen Diejenigen, die Protokolle bezogen haben, möglichst bald über dieselben abrechnen, damit nicht, wie beim letzten Male durch die verzögerten Abrechnungen dem Verband Verluste erwachsen.

Die Durchsicht der Abrechnungen des 8. Quartals ergibt, daß sehr viele Betriebsverwaltungen jetzt noch 33 Proz. statt der statutarischen 25 Prozent verrechnen. Das ist natürlich unzulässig und erfordert, die statutarischen Bestimmungen besser zu beachten und dafür zu sorgen, daß zu Ausgaben für drückende Zwecke keinesfalls mehr als der zweite Theil der Beiträge ausgegeben und verrechnet wird.

Sodann ersuchen wir mit den alten Beitrags-, dieser ebenfalls- und Delegiertenmarken baldmöglichst, spätestens aber mit der Abrechnung vom 4. Quartal abzurechnen und die nicht verkauften Marken zurückzusenden. Gegen Diejenigen, die bis zu diesem Endezeitpunkt nicht abgerechnet haben, wird unnachlässlich durch sofortige Revision vorgegangen werden.

Folgende Mitgliedsblätter sind ungültig und aufzuhalten:

40720 des Klempners August Trege, geb. zu Magdeburg am 8. Januar 1870. (Der Inhaber gab sein Buch einem Max Poppe aus Schlesien zur Aufbewahrung und ist Begleiter mit dem Buch verschwunden.)

09718 des Klempners Paul Ritter, geb. zu Peltz am 18. Oktober 1878.

Ausgeschlossen nach § 8 Abs. 7a des Statuts wird auf Antrag der Verwaltungsstelle Apolda der Dreher Karl Karsten, geb. zu Altona am 15. Februar 1846, wegen Nichtnahme unbezahpter Quittungsmarken und Erschleichtung von Unterstützungen.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart,
Niederstraße 160, I,

zu richten, und ist auf dem Postabzettel genau zu bemerkern, wofür das Geld verbraucht ist.

Mit kollegialem Gruss
Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Former.

Zusigg. In der Gussstahlstätte von Arnold & Kreis in Wilkitz b. Aussig a. d. Elbe ist wegen Lohnunterschieden ein Streik der Former ausgebrochen, dem wahrscheinlich ein Auflauf des gesamten Personals folgen wird.

Preußen. Eine öffentliche Versammlung der Former wurde am 31. Oktober im "Erlanon" abgehalten. Die Versammlung war gut besucht. Genoss Ercke hielt einen mit grossem Erfolg aufgenommenen Vortrag über das Thema: "Was hat die Arbeiterkraft von der Sozialreform zu erwarten?" Der Bevollmächtigte trug sodann die Abrechnung für das 8. Quartal vor. Decharge konnte ihm daffür leider nicht erscheinen, da es die Herren Stehoren vorgezogen hatten, durch Abwesenheit zu glänzen. Es wurden als neue Abkömmlinge der Kollegen Paul, Mahler und Weiske gewählt. Über die Arbeitslosenunterstützung berichtete der Kollege Bergmann, daß sich von 250 organisierten Kollegen nur 75 an dem Fonds beteiligen. Die bestehende Agitationskommission wurde aufgefordert, ihr Augenmerk auf diesen Auflauf zu richten und für die Beteiligung an diesem Fonds eifrig zu wirken. Nach einer Aufforderung des Vorstandes, der Organisation beizutreten und die "Sächs. Arb.-Btg." zu abonnieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Gelbgießer und Gürtler.

Hamburg. Die Gelbgießer z. hielten am 6. November eine Mitgliederversammlung

ab. Zum 1. Punkt: "Die Rechtslosigkeit des Proletariats" erhielt Genossen de Haas das Wort. Dieselbe entledigte sich seines Ausdrucks zur Zuständigkeit der Versammlung. 2. Punkt: "Betriebsenvelope". Es wurde angeführt, daß nur Seiten Rechte der Betriebsenvelope die Zuständigkeit der Versammlung. 3. Punkt: "Kartellberichte vom 18. und 24. Oktober." Zum Antrage: Erhöhung des Quartalbeitrags von 5 auf 10 Mk entspann sich eine lebhafte Debatte. Beschllossen wurde, den Delegierten freie Hand zu lassen.

Metallarbeiter.

Albrecht. Seit dem 1. Januar ist hier eine Filiale des D. M. V. gegründet. Sie hatte sich Anfangs eines guten Wohlstandes zu erfreuen, leider aber trat später wieder eine Abnahme ein. Am 27. Oktober fand hier die erste öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, die auch gut besucht war, 100—120 Personen waren anwesend. Kollege Leber aus Apolda sprach über: "Die Notwendigkeit der Gewerkschaftsorganisation und Zweck und Ziel des Deutschen Metallarbeiterverbands". Dem Referenten wurde reicher Beifall gezollt. An die hiesigen Metallarbeiter aber riefen wir die Mahnung: "Tretet Mann für Mann dem Deutschen Metallarbeiterverband bei!

Augsburg. Am 10. November fand hier eine Versammlung statt. Als Bevollmächtigter wurde Kollege Münter, als Schriftführer Anton gewählt. Hierauf hielt Herr Südländer über das Thema: "Wer heißt einen Wortrag. Redner wies hierauf auf die jüngsten Vorgänge in der Gießerei von Neuln hin und bewies daran, daß auch hier wie fast überall, nicht der Arbeiter, sondern der Unternehmer, resp. dessen Stellvertreter die Fehler seien. Man könnte wohl die Ausregung der Unternehmer begreifen, wenn ihnen etwas wider den Strich gehe, aber nicht ihre Haltung gegenüber den Ansichten der Arbeiter. Hier herrsche eine Verweichung der Begriffe auf Seite der Unternehmer, auch wohl oft auf Seite der unaufgklärten Arbeiter, welche sich in der Meinung befinden, der Arbeitgeber stellt ihr Wohlthäter und daher berechtigt, ihnen Vorschriften jeder Art zu machen. Hierauf verabschiedete sich unser mehrjähriger Bevollmächtigter und treuer Kollege Gustav Ströhle mit warmen Worten der Genußnahme an die hiesigen Kollegen. Unter "Verschiedenes" wurde noch hergehoben, daß die Mitglieder kleine Geschenke für die Kinder zum Weihnachtsfest bringen möchten. Dieselben sind dem Komitee einzuliefern. Eine Verlosung oder Versteigerung findet nicht statt.

Berlin. Die Vertrauensleute der Berliner Metallarbeiter saßen am Sonntag in Cohn's großem Festsaal, Beuthstraße 20, die am 14. Oktober nicht beendete Diskussion über ihr fernes Vorgehen fort. Wieder trat der Streit um die bessere Form der Organisation in den Vordergrund. Von den Anhängern des Deutschen Metallarbeiterverbandes: Habac, Gezerowsky, Kurgas und Berger wurde bedingungsloser Anschluß der Mitglieder des Berliner Verbandes an jenen verlangt und der Einstand zu entkräften gesucht, daß die Interessen der Berliner Metallarbeiter dann nicht genügend gewahrt würden. Kurgas betonte speziell, daß er sich bei der Gemeinschaft des größeren Theils der Berliner Kollegen auf den Lokalverband von den Verhandlungen im vorhergehenden nicht viel versprochen habe. Seine heutige Mitgliederzahl verdanke der Lokalverband der lokalen Konkurrenz mit der Centralisation. Berger widerstellt in durchaus sachlicher Weise alle von den Rednern der lokalen Richtung genannten Gründe, hervorhebend, daß nun mehr die Zeit gekommen, wo wir (die Kollegen) zentraler Richtung), uns gegenüber dem Lokalverband gleichberechtigt fühlen und darnach behandelt sein wollen. Die Ausschüsse Ausschüsse bezeichnete derselbe als Verlegenheitsrede, der einzige Gedanke bezüglich Einberufung eines deutschen Metallarbeiterkongresses sei demselben von maßgebender Stelle (die man keine) dictirt worden. Seines fraglichen Ausganges halber aber kann man Altbundtsland dieses Opfer kaum abverlangen. Weilte zum Schlusse den Vorschlag, zur Leitung der öffentlichen Angelegenheiten der Berliner Metallarbeiter eine gemischte Kommission zu wählen. Einige Vorstehrer der lokalen Richtung: Behold, Stehr, Gabriel und Litschin erklärten, daß das Gros des Berliner Verbandes unter keinen Umständen hierfür zu gewinnen wäre, da es nicht gesonnen sei, auch nur einen Winger breit von der bisherigen Bewegungsfreiheit am Ort einzubüßen. Der öffentliche Fonds, von dem die Centralisten behaupten, daß er eigentlich nur eine "Extrastruktur"-Kasse des Berliner Metallarbeiterverbandes sei, diene, wie mehrere Redner

angaben, auch gut Unterstüzung anderer Gewerkschaften. Pehold glaubte am vorliegenden Verbandskonsort, sowie mehrerer bessiger Kreise noch weitzen zu wissen, daß die Berliner Arbeiter wohl ihre Wille nach Nutzen und Abgabe könnten, in Klümpsen aber auf sich allein angewiesen wären. Bezeichnet es als Fronte, zu verlaufen, der Lokalverband sollte sich beim Deutschen Verband bedingungslos anschließen. Stehr und Gabrieles glaubten beideren zu müssen, daß man sich nicht an das weitere Vorgehen der Berliner Metallarbeiter, an die Stellungnahme zum öffentlichen Kaufsaal halten sollte. Stehr warf den Kollegen generale Richtung vor, was Berger bereits entkräftet hatte, daß sie die Verbindung mit den öffentlichen Vertrauensleuten nicht gesucht, ja sogar abgelehnt hätten und durch ihr eigenmächtigstes Verfahren öffentliche Versammlungen einzuberufen und Kreislisten auszugeben, früher gefasste Beschlüsse bezügl. der öffentlichen Angelegenheiten der Berliner Metallarbeiter ignoriert haben. Allein trug in gleicher ausgedehnter Weise seine Anschaun über die Organisation der Arbeiter vor, betonend, daß der radikale Standpunkt vieler Berliner Metallarbeiter, die in der Arbeiterbewegung die Opportunistenpolitik befürworten, sie, wie einen großen Schell der Lokalverbündler, von der Zentralisation abhält. — Da die weiteren Redner immer wieder auf die „Organisationsfrage“ eingingen, so wurde durch einen Geschäftsvorordnungsantrag dies für die spätere Debatte verhindert; es durfte nur noch auf den eigentlichen Kern der Sache, die zukünftige Stellung der Vertrauensleute, eingegangen werden. Hofmann (Zentralist) vertrat die Ansicht, daß nunmehr ein gemeinsames Zusammenarbeiten unter den bisherigen Verhältnissen unmöglich sei, daher sollten die Berliner Metallarbeiter das Vertrauensmänner-System als Anhänger ihres Lokalverbandes für sich behalten, sie (der Deutsche Verband) hätten ihre Agitationskommission für denselben Zweck. Die Handlungen haben gezeigt, daß die Anhänger des Lokalverbandes ihre Unsolidarität weiter bekräftigen, sie richten sich damit selbst vor dem Forum der deutschen Metallarbeiterchaft. (Unruhe.) Untererseits wurde bestont, daß ein gemeinsames Arbeiten der beiden Organisationen nötig und erreichbar sei, — durch den öffentlichen Fonds und auf der Basis des Vertrauensmänner-Systems. Mäther (Lokalist und öffentlicher Vertrauensmann), Vorsitzender der Versammlung, gab nach Schluss der Diskussion Richtigstellungen und Bemerkungen über die zentralorg. Kollegen, die geradezu herausfordernden. Folgende Anträge waren eingegangen: 1. Die öffentliche Agitation innerhalb der in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins ist nur durch die in öffentlichen Versammlungen gewählten Vertrauensleute auszuführen, gleichzeitig, welcher Organisationsform diese angehören. Sämtliche Sammlungen zu öffentlichen Fonds, Streitunterstützungen usw. sind nur durch oben erwähnte Vertrauenspersonen vorzunehmen. 2. Eine Kommission von 6 Kollegen, je zur Hälfte aus Anhängern der Lokal- und Zentralorganisation, ist zu wählen, um die Agitation und die Streiks einheitlich durchzuführen. Die Leitung übernimmt der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter in Verbindung mit den übrigen (Branchen-)Vertrauensleuten. — Die Versammlung kam auch diesmal zu keinem Resultat. Um 2 Uhr mußte der Saal geräumt werden. Ein Antrag auf Verlängerung wurde von Stehr (lokale Richtung) bekämpft. Er vertrat die Meinung, daß die Parteien sich zunächst in ihren Organisationen klar werben möchten über ihre ferneren Schritte in der Sache und dem Vertrauensmann (Mäther) alsdann Mittheilung zu machen hätten darüber, ob sie gesonnen seien, auf die in den Anträgen niedergelegten Ansichten einzugehen. Die Versammlung entschied demgemäß und wurde hierauf geschlossen. Nach Schluss der Versammlung wurde ein Portemonnaie mit Inhalt gefunden; der Verlierer kann es bei C. König, Dresdenerstraße 16, I. Seltens. 1 Dr., in Empfang nehmen.

Berlin. Der „Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter“ hält am 4. November seine ordentliche Generalversammlung ab, in welcher zunächst der Kassenbericht entgegenommen wurde. Die Einnahmen betrugen vom Juli bis Ende September 18458,40, die Ausgaben 3888,62, verbleibt ein Bestand von 4569,78, inkl. des Bestandes vom 2. Quartal Gesamtkassenbestand 18455,37. Nach Bericht der Revisorin wurde der Kreditor entlastet. Über die Frequenz des Arbeitsnachweises wurde vom Kollegen Pehold berichtet. Von 1. April bis 1. Oktober ließen sich insgesamt 1193 Mitglieder gegen 1282 im vorausgegangenen Winterhalbjahr als arbeitslos eintragen und zwar: 345 Klempner, 77 Rohrleger, 69 Helfer, 210 Schlosser, 90 Dreher, 73 Glaser, 62 Mechaniker, 80 Drucker, 45 Schleifer, 40 Formier und Gießereiarbeiter, 115 Hilfsarbeiter. Verlangt wurden in demselben Zeitraum 747 Personen gegen 561 im voraus-

gegangenen Winterhalbjahr und zwar: 260 Klempner, 68 Rohrleger, 47 Helfer, 90 Schlosser, 63 Dreher, 26 Mechaniker, 83 Glaser, 80 Drucker, 49 Formier, 85 Schleifer, 48 Hilfsarbeiter. Das Angebot der Arbeitskräfte überschreitet demnach die Nachfrage um 87 Prozent gegen 50 Prozent im vorausgegangenen Winterhalbjahr. Besetzt wurden 658 Stellen. Insgesamt waren die Kollegen, ehe sie Arbeit erhielten, 932 Wochen arbeitslos und zwar: Bis zu einer Woche 212 Kollegen, 2 W. 108, 3 W. 52, 4 W. 48, 5 W. 30, 6 W. 23, 7 W. 12, 8 Monate 5, 9 M. 2. Demnach war jeder Einzelne dieser 658 Kollegen im Durchschnitt 12 Tage ohne Arbeit. Der Bericht über die Gründung der Bibliotheken lautete: Gelesen wurden in den letzten 6 Monaten insgesamt 798 Bände. Hierzu im Süden 809, Norden 102 Bände. Hierauf stand Neuwahl für die ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder statt. Gewählt wurden: zum 2. Vorstandseminare Kollege Schäfer, zum Kassirer für den Süden Schröder, zum Schriftführer für den Norden Bruck, für den Westen Meuse, als Beisitzer resp. Bezirksschreiber für den Osten Schrinner, für den Norden Burzinski, zum Revisor Gräß, Lehmann (Kadler) wurde als Beisitzer zur Vertretung der Branche im Vorstand von der Versammlung bestätigt. Als Bibliothekar für die Bibliothek im Norden wurde Schmitt gewählt. Der § 7 Abs. 8 wurde geändert und hat folgenden Wortlaut: „Der Vorstand bestreitet die ordentlichen Ausgaben auf Beschluss des Vorstandes, wenn ein einzelner Posten nicht mehr als 500 M. beträgt“, statt wie bisher 100 M. — Der Streit bei der Firma Fr. Weller, Engel, Ufer, wurde von der Versammlung für beendet erklärt, da die betreffende Fabrik durch andere Arbeiter besetzt sei. Von den übrig bleibenden freien Kollegen sind noch 3 zu unterstützen, welche bei Ausbruch des Streiks vollberechtigte Mitglieder der Organisation waren. Der Streik kostete der Organisation in den 5 Wochen bis jetzt über 4000 M. — Der Vorstand wurde beauftragt, für die Bibliothek einige Gesichtswerke anzuschaffen.

Dessau. Die am 29. Oktober im Versammlungslokal abgehaltene Versammlung, in welcher Genosse Stohrak aus Berlin sprach, war leider nur mäßig besucht. Da wir mit gutem Gewissen behaupten können, daß es an der entsprechenden Agitation unsererseits nicht gefehlt hat, so ist der schwache Besuch lediglich beim grössten Zusammenschluß der hiesigen Arbeiter, im speziellen der Metallarbeiter anzuschreiben. Gerade in unserem Berufe haben wir in Dessau Etablissements, die in der erbärmlichsten Bezahlung und demuthigsten Verhandlung ihrer Arbeiter Erstaunliches leisten; und dies haben sich die Arbeiter selbst zu verbauen. Würden sie sich endlich einmal bequemen, den alten Schleuderan zu bewerben, sich als Männer zu fühlen, sich mit ihresgleichen organisieren — dann würden die „Arbeitgeber“ sich wohlweislich hütten, ihren Arbeitern zu viel zu bieten. Sie würden nicht turmer mit ihrem „wem's nicht passt, kann gehen, hundert Kubike warten schon“, zum Hand sein, weil sie damit rechnen würden, daß die Arbeiter solidarisch sind. Heute erleben wir es noch oft, daß diejenigen Berufsgenossen, die sich zum Sprachorgan ihrer ausgebildeten Kollegen machen, unter allerhand ungünstigen Voraussetzungen bei erster bester Gelegenheit ans's Pfaster gesetzt werden, während jenen traurigen Mannesseelen, die sich gottergeben in alte Drangsalzungen schlagen, die Arbeitsstelle offenstehen, d. h. so lange überhaupt Arbeit vorhanden ist. So bald sich aber zeigt, daß ein Betrieb nicht mehr rentabel genug ist, bekommt auch der Hochschwänzer den Stuhl ebenso sicher vor die Thür gestellt, wie jeder andere Arbeiter. Doch dies Alles hat ja auch Genosse Stohrak in seinem schneidigen Referat betont. Sein warmer Appell an die Versammlung, indem er jedem Arbeiter den ungestümten Beitritt zu seiner Organisation an's Herz legte, sah daher auch lebhafte Befall. Im zweiten Referate behandelte Stohrak „Die Vortheile der Gewerbegeister für die Arbeiter“. Er kritisierte in scharfer und treffender Weise die Ausführungsbestimmungen des Gesetzes bezüglich der Gewerbegeister und forderte dann die Arbeiter auf, dahin zu wirken, daß die Gewerbegeister immer mehr den praktischen Bedürfnissen angepaßt würden. Hauptfachlich setzt zu fordern, daß das Wahlrecht und die Wahlbarkeit schon mit 21 Jahren beginne, und daß ferner die Gewerbegeister obligatorisch eingeführt würden. Auch diese Ausführungen verfehlten ihre Wirkung nicht, umso mehr als wir uns am Orte eines Gewerbegeisters schon erschauten, im Gegensatz zu den Nachbarstädten, wo dieselben noch frommer Wunsch sind. — Eine Diskussion wurde zu beiden Punkten nicht belobt; jedenfalls um die „gutsgütigen“ Ausführungen Stohraks nicht abzuschwächen. Möchten die Bürokrat nun die Abnahmen Stohrak's auch beherzigen und Maun für Maun die Organisation durch Ausführung

neuer Mitglieder frägen und damit sich und ihren Mitarbeitern die Vorbereitung einer besseren und menschenwürdigeren Kulturwoche werden. Werktut sind wir Alles, verzerrt nicht!

Dresden. Eine öffentliche Metallarbeiterversammlung wurde am Sonnabend im kleinen Saale des Erlanou abgehalten. Genüge Drusel hielt einen sehr berausgängigen Vortrag über die Entwicklung der Klassengesellschaft, an den sich eine lebhafte Debatte schloß. Darauf erstattete Kollege Eichler Bericht über die Tätigkeit des Gewerkschaftskartells. Am Stelle des von Dresden verzoigten Kollegen Dick wurde daran Kollege Hoffert einstimmig als zweiter Vertreter der Metallarbeiter im Gewerkschaftskartell gewählt. Berechtigte Errichtung rief die Behauptung eines Kollegen hervor, daß ein Klempner G. bei Klempnermeister Wöhmann seine Mitarbeiter auf jede mögliche Art und Weise zu unterdrücken sucht. Nachdem noch der Vorsitzende aufgesagt, jeder Zeit für den Verband zu agieren und unser am 12. November im großen Saale des Erlanou stattfindendes Vergnügen recht günstig zu besuchen, wurde die Versammlung geschlossen.

Dortmund. In der am 10. November abgehaltenen Versammlung der hiesigen Branche wurde ein provisorischer Vorstand gewählt, der die Ortsverwaltung gar nicht erschienen war. (Der erste Bevollmächtigte und der erste Kassirer sind allerdings zu entschuldigen, da sie auf dem Bürgerschreiber vertreten waren). Nicht einmal Beitragsmarken waren zur Stelle, auch keine Tagesordnung. Nachdem der Vorstand gewählt wurde, wurde die von demselben vorgeschlagene Tagesordnung genehmigt. Ein Arbeiter aus der „Met.-Arb.-Stg.“: „Was kann uns die Union nützen?“ wurde vorgelesen, aber nicht diskutiert. Bei „Verschiedenes“ stellten mehrere Kollegen eine scharfe Kritik an dem Vorstand. Man bezichtigte denselben der Unwelt und Thatsachlosigkeit, man ließe sich nur in den Vorstand wählen, um Vorstandsmitglied zu sein und müsse solchen Mitgliedern schaß auf die Füße getreten werden, damit sie ihrer Pflicht besser nachkommen. Werner wurde bemerkt, daß von 30 000 Metallarbeitern hier selbst 75, sage und schreibe etwa fünfundseitzig im Verbande seien und müsse demnächst eine kräftige Agitation entfaltet werden und öffentliche Versammlungen stattfinden, um die Lautheit der Dortmunder Kollegen zu brechen. Auch die Tätigkeit des Agitationskomitees wurde bemängelt und von demselben für die nächste Versammlung ein Bericht verlangt. Ein Kollege brachte die „herliche“ Zustände in der Stuhläckerischen Fahrradsfabrik zur Sprache, in welcher es allerdings merkwürdig zuzugehen scheint; manchmal sucht der Herr Stuhläcker in der Zeitung bis zu 100 Arbeiter, trotzdem er deren nur ungefähr 30 und 8-9 Vorarbeiter beschäftigt. Nachdem die Zeitungsfrage noch erörtert war, wurde ein Antrag angenommen, die Punkte: „Agitationskomitee“ und „Zeitungskolportage“ auf die nächste Tagesordnung zu legen. Zum Schlus machte der Vorstand bekannt, daß in der nächsten Versammlung ein Kollege einen interessanten Vortrag hält und ersucht die Mitglieder, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Hamburg. Achtung, Metallarbeiter! Wie aus Hamburg berichtet wird, werden dort für Hamburg Metallarbeiter in großer Anzahl gesucht. In Hamburg ist aber durchaus kein Mangel an Metallarbeitern und auch von einem Streik ist hier nichts bekannt. Es scheint daher, daß hier wieder der fasssam bekannte Arbeitsnachweis der Eisenindustriellen — in Arbeiterkreisen vielfach Arbeitnehmerregulationsbüro genannt — seine Hand im Spiele hat, der bekanntlich mit Vorliebe solche auswärtige Arbeiter nach Hamburg zu ziehen verfügt, welche willig und billig sind. Wir raten daher allen auswärtigen Arbeitern bei Annahme derartiger Arbeitsangebote mit der nötigen Vorsicht zu Werke zu gehen.

Kuhla. Einen recht erfreulichen Aufschwung nimmt die vergangenen Winter hier gegründete Filiale des D. M. B. Es bricht sich allgemein unter den hiesigen Arbeitern denn doch die Überzeugung Bahn, daß es nicht genügt, einer Sache nur Sympathien entgegenzubringen und dann und wann einen sozialistischen Stimulus zur Wahlurne zu tragen, sondern daß es unumgänglich notwendig ist, immerfort gewappnet zu stehen, wenn unsere Verhältnisse sich nicht noch mehr verschlechtern, wenn wir befähigt bleiben sollen, den Kampf um der Arbeit Rechte glücklich zu Ende zu führen. Namentlich unter den Schlechtergestellten der hiesigen Metallbranchen, den Pfeifenbeschläger, macht sich seit einiger Zeit eine lebhafte Bewegung geltend, um eine Verbesserung der Löhne zu erzielen. Wie lästig es mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen derselben steht, ist an dieser Stelle schon öfter nachgewiesen worden. Am 23. Oktober fand eine von den Beschlägern einberufene Versammlung im Saale des „Sächsischen Hof“ hier statt, zu welcher auch die Prinzipale eingeladen waren.

Mönchen in Betracht kommenden sind Firmen hatten denn auch drei der Einladung fröhlig geleistet Hellmann, Otte und G. Thiel. Im Allgemeinen wurde auch von Seiten der erschienenen Vertreter der genannten Firmen anerkannt, daß die Föhne in der Branche aufbesserungsbedürftig seien, allenfalls man könnte hier nicht vereinzelt vorgehen, nur wenn sämtliche Konkurrenzgeschäfte sich dazu herbeileihen, würde eine Lohnzulage möglich sein. Am Entgegenkommen gelte sich, was wir nicht unerwähnt lassen wollen, hauptsächlich der Vertreter der Firma G. Thiel. Sehr im Gegensatz zu dem Bericht an die weimarsche Handels- und Gewerbeschäfer hier, erstattet von Walzmeister Weber hier hier, wird also von Seiten der Industriellen selbst die Lage eines großen Theils der hiesigen Arbeiter als eine befriedigende nicht bezeichnet. Zu einem definitiven Resultat konnte es in der betreffenden Versammlung nicht kommen. Es ist dies natürlich, wenn man bedenkt, wie verschieden und wunderlich die Ansichten von Arbeitern manchmal sind, die das ABC des Klassenkampfes noch nicht begriffen haben. Schlug doch einer z. B. als Mittel, die Föhne aufzubessern, ein Zusammensehen der Prinzipale zu diesem Zweck vor. Wenn endlich werden die Beschläger denn begreifen, daß Alles, was zu ihrem Besten dienen soll, von ihnen selbst ausgehen, errungen und erkämpft werden muss. Die Arbeitgeber selbst sagen es Ihnen doch, daß nur geschlossenes Vorgehen sie zum endgültigen Ziel führen kann. Man glaubt doch nicht, daß bloßes Blättern über schlechte Zustände etwas nützt. In der Regel sind die argsten Schimpfer gerade die Klientelposten, wenn es zum Handeln kommt. Wollen die Arbeiter abwarten bis die Einsicht und die Humanität der Arbeitgeber zur Besserung ihrer Lage eingreift, dann können sie bis zum St. Nikolaustag warten. Es gibt nur ein Mittel, das geeignet ist, den elutzen Besitz, den der Arbeiter noch hat, seine Arbeitskraft, vor Schlenderpreisen zu schützen. Dieses Baumittel ist es heißt: Organisation! Damit steht es aber bei unseren Beschlägern noch herlich schlecht. Von 190 in der Branche beschäftigten Personen sind nur einige 20 organisiert. Ja, wenn Eintritt in die Vereinigung und Vohngulage in ein und denselben Minute vor sich ginge, dann ließe man sich wohl herbei, nicht bedenkend, daß solches unvollständig ist. Die meisten unserer Arbeiter kennen doch die Parabel von dem Bildel Stabe, das selbst bei höchstem Kraftaufwand nicht gebrochen werden kann, während jeder Stab einzeln genommen, leicht zerbrechlich ist. Je gröber die zu einem Bunde vereinigte Anzahl Stäbe, je widerstandsfähiger; je dicker, je geschlossener die Arbeiterschaft zusammensteht, um so geschickter ist jeder Einzelne, von der rauhen Hand des Kapitalismus zerbrochen zu werden. Wollen unsere Beschläger ihre Lage verbessern und wollen sie einen kräftigen Rückhalt haben, wenn es zum harten Kampf kommen sollte, so müssen sie sich dem D. M. B. anschließen. So lange sie selbst uneinig, ein jeder sein Spezialinteresse verfolgt, werden sie ein Spielball in der Hand ihrer Herren sein. Es ist eines rechtmäßigen Arbeiters unwürdig, ruhig zuzusehen, wie seine Kollegen sich mühen, ihr Möglichstes zur Verbesserung der gemeinsamen Lage thun und gerne die erforderlichen Opfer bringen. Auf, Ihr Beschläger! Wolt Ihr, daß es anders in unserem Gewerbe werden soll, schließt Euch Deinen an, die bereit sind, Euch in Eurem Streben zu unterstützen; tretet ein in den D. M. B., vor dem Eure Arbeitgeber Euch warnen, wohl wissend, daß, wenn Ihr diesem angehört, Ihr eine Macht bildet, die respektirt werden muß.

Schlager.

Dresden. In der letzten öffentlichen Metallslägerversammlung, welche ziemlich gut besucht war, sprach Herr Schleuning über „Politische und wirtschaftliche Krisen“. Im „Gewerkschaftlichen“ brachte zunächst ein Kollege einen Brief von der Firma Held & Hoffmann in Wedelburg-Strelitz zur Verleistung, welche Gehilfen suchte, aber einen wahren Hungerlohn zahlte. Wir warnen jeden Kollegen vor dieser Werkstatt. Weiter ging folgender Antrag ein: Bei der nächsten Versammlung die weiblichen Arbeiter mit heranzuziehen und das Meserat von einer Referentin halten zu lassen.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 29, Hamburg).

Bekanntmachung.

Um die am Schlusse des Jahres erforderlichen Erfüllbächer möglichst rechtzeitig senden zu können, ersuchen wir die Ortsverwaltungen schon jetzt die Bestellungen zu machen. Es ist nicht nötig, die aufgebrachten Mitgliedsbächer einzuzenden, dieselben sollen vielmehr bei der nächsten Abrechnung in Gegenwart der Ortsbeamten vernichtet werden,

sondern es genügt Vor- und Zunamen des Mitgliedes, sowie die Hauptnußware anzugeben.

Mit Gruss

Der Vorstand.

Abrechnung der Hauptkasse pro Oktober 1895.

Einnahme. Kassenbestand ultimo September 16 387 268,58. Von Nachen 16 00. Altena 174,58. Altendorf 1 100. Altenhagen 150. Alte Neustadt - Magdeburg 60. Amsendorf Niedewell 100. Annen 100. Ansbach 140. Bamberg 100. Barop 100. Bayenthal 180. Benrath 100. Bergedorf 30. Berlin I 400. Berlin II 800. Berlin III 650. Berlin IV 400. Berlin V 250. Berlin VI 600. Berlin VII 800. Berlin VIII 200. Berlin IX 700. Behdorf 100. Bezingen 60. Bill 200. Bochum 100. Braunschweig 400. Bremerhaven 100. Buckau 100. Bünde 60. Cannstatt 200. Cassel 800. Charlottenburg 200. Chemnitz 300. Köln-Nord 100. Cöln - Süd 200. Cotta 100. Cöln 100. Darmstadt 100. Dierendorf 100. Dessau 180. Diederichsdorf 200. Dinkelsbühl 65,15. Doos 100. Dorp 100. Dörp-Gründelwab 100. Dresden - Altstadt 800. Düsseldorf 150. Ehrenfeld 100. Elspe 100. Ellerbeck 100. Essen a. d. Rh. 200. Ettlingen 30. Fehmarnsieben 200. Flensburg 250. Flügeln 800. Frankenthal 400. Freiberg 1. S. 60. Friedrichsfeld 100. Gröndenberg 35. Hückel 800. Hüstenwald 100. Gaarden 150. Gaggenau 170. Geestemünde 150. Gelsenkirchen 150. Gersthofen 100. Gleichen 250. Göppingen 100. Grafschaft 100. Groß-Umstadt 200. Groß-Buchholz 90. Groß - Steinheim 50. Gütersloh 50. Hagen 100. Halberstadt 100. Halle a. d. S. 700. Hameln 50. Hamm a. d. N. 800. Hanau 800. Hannover 400. Hattersheim 100. Heidelberg 50. Heidingsfeld 125,60. Höchstädt a. N. 120. Höhenberg 150. Hördt 150. Humboldt-Kolonie 100. Malz 200. Karlsruhe 300. Kirchlinde 75. Königswinter 400. Körtingdorf 100. Lemmendorf 51,10. Lüneburg 100. Lüft 60. Löbtau 300. Ludwigshafen 200. Mannheim 400. Mannheim-Bindenhof 400. Mannheim - Neckar - Vorstadt 175. Meißen 200. Mrey 100. Mühlhausen i. Th. 800. Mühlheim a. Rh. 70. Wilhelm a. Rh. 300. Niederau 250. Netze 50. Neustadt-Magdeburg 100. Neuk 100. Neubrand 200. Niederschönwalde 50. Nowawes-Niedendorf 75. Nürnberg 1800. Oberblit 400. Oberrad 250. Offenbach a. M. 400. Offenburg 200. Osnabrück 150. Ottensen 80. Peine 50. Pfullingen 50. Pleischen 400. Plaigwitz 150. Plauen b. Dr. 80. Potschappel 150. Radeberg 70. Radebeul 180. Rath 100. Regensburg 800. Reichenbach 85. Ruithein 80. Rixdorf 200. Röthe 61,85. Rosdorf 47,92. Rüppurr 140. Ruhrort 100. Schwedensberg 70. Schwabach 110. Seckenheim 40. Siegen 100. Sieghütte 180. Sonnenborn 30. Spandau 200. Sprey 75. Stuttgart 80. Styrum 100. Sudenburg 400. Tegel 100. Tempelhof 150. Werban 65. Westerhüsen 200. Witten 200. Worms 175. Würzburg 100. Beiträge von einzelnen Mitgliedern 282. Von Berufsgenossenschaften 145,18. Vergütung an Porto 16,45. Sonstige Einnahmen 2,90. Sa.: M. 866 926,11.

Ausgabe. Nach Gunzen 16 50. Grumbach 60. Deuben 205. Elbersfeld 150. Elbing 100. Eller 150. Fechenheim 50. Forchheim 100. Freiburg i. Br. 100. Görk 50. Grafschaft 150. Haltern 40. Landsberg a. d. W. 40. Leipzig-Döf 175. Lierenfeld 150. Mülheim a. d. Ruhr 100. Neu-Jenning 50. Oberpesterwitz 50. Pirmasens 80. Natiör 150. Rösrath 100. Urberach 100. Zels 60. Frankengelb an: P. Bissen, Kürenz 14,70. F. Dangelmaier, Nagold 4,95. W. Gödde, Bruch 12,60. G. Kunst, Hibbinghausen 18,90. G. Lades, Posen 27,30. M. Pinkert, Burg 60,90. W. Ringe, Lüttich a. Rh. 13,20. J. Schmitz, Münster 14,85. P. Schreiber, Bries 49,50. Th. Schwedt, Benscheid 80. J. Strömel, Landsberg a. R. 16,80. M. Uhlmann, Bocum 16,80. Gehalt an die Beamten der Hauptverwaltung 805. Drucksachen 409,70. Porto, Schreibmaterial u. w. 227,13. Sa.: M. 4082,33.

Bilance.

Einnahme M. 866 926,11.
Ausgabe M. 4082,33.
Kassenbestand M. 862 843,78.
G. Butenuth, Hauptklassirer.

Technisches.

Poliertes Eisen oder Stahl auf einfache Weise zu vernickeln. Um Metallgegenstände, hauptsächlich poliertes Eisen oder Stahl ohne Anwendung einer galvanischen Batterie mit einer dünnen Nickelschicht haltbar zu überziehen, wendet man nach der „Centr.-Btg. f. Opt. und Mech.“ folgendes Verfahren an: Die zu vernickelnden Gegenstände werden in eine Lösung von Chlorzink und Nickelsulfat gebracht; da bei dieser Vernicklungsart dort, wo das Metall mit Zink in Berührung kommt, leicht Flecken entstehen, welche nachher durch Röhren bestellt werden müssen, so wird ein besonderes Verfahren angewendet. Man setzt einer verdünnten, 5 bis 10prozentigen Lösung von reinem Chlorzink so viel Nickelsulfat an, daß dieselbe stark grün gefärbt wird, und erhält am besten in einem Vorgesseltz durch Abscheidung eines basischen Nickelsalzes Erstbung des Bades ein, welche jedoch auf die Entwicklung keinen Einfluß hat. Die seitseiten, gut gereinigten Gegenstände werden nun darin in das Bad gebracht, daß sich dieselben möglichst nicht berühren und die Lösung unter zeitweiligem Erhitzen des verdaulsten Wassers durch destilliertes 30-40 Minuten kocht. Während dieser Zeit siedet sich das Nickelsalz in Form einer glänzend blauen Schicht nieder und zwar überall dort, wo dem betreffenden Gegenstand kein Gel. oder Oxyd anhaftet. Man kann ohne Schaden länger kochen, ohne aber eine wesentlich stärkere Nickelschicht zu erzielen. Ist der Gegenstand überall verdeckt, so wird er mit Wasser abgespült, dem man etwas Kreide beigelegt hat, und hierauf sorgfältig abgetrocknet. Die Nickelschicht verträgt vorsichtiges Polieren sehr gut und ist überall da zu empfehlen, wo ein zwar sehr fest anhaftender, aber dünner Nickelsüberzug begreift wird. Das zur Verwendung gelangende Chlorzink soll kein durch Eisen störende Nickelsalze enthalten. Wo man es lästig von der gewünschten Qualität nicht erhalten kann, bereitet man es am besten durch Auflösen von Zinkabfällen in möglichst reiner Salzsäure und Stehenlassen der Lösung mit überschüssigem Zink zum Zwecke der Ausscheidung der durch Zink fällbaren Metalle. Nach 2-stündiger Einwirkung wird die Lösung vom Bodensatz abfiltrirt, und ist dann zur Verwendung fertig; hierbei ist zu berücksichtigen, daß dieselbe auf jeden Theil gelösten Zinkmetalle etwas über zweit Theile Chlorzink enthält. Auch das verwendete Nickelsalz muß möglichst rein sein und darf die Lösung, mit blauem Eisen in Berührung gebracht, kein dadurch fällbares Metall, z. B. Kupfer, abscheiden.

Um auf polierten Eisen- und Stahlgegenständen Kobalt in metallisch glänzender Schicht niederzuschlagen, kann man dasselbe Verfahren in Anwendung bringen, nur ist in diesem Falle statt Nickelsulfat der Lösung Kobalsulfat zuzusetzen.

Ein neues Schnittmittel gegen die Feuergefährlichkeit elektrischer Leitungen. Bekanntlich werden die Leitungsdrähte elektrischer Anlagen durch den elektrischen Strom erwärmt, und zwar um so mehr, je stärker der Strom und je dünner der Draht ist. Alle Leitungsdrähte müssen daher so stark gewählt werden, daß die Erwärmung, selbst wenn alle angeschlossenen Lampen brennen, in möglichen Grenzen bleibt. Man kann es aber leicht vor kommen, schreibt die „Techn. Rdsch.“, daß durch Schadhaftwerden der Leitungen, der Ausfall, der Baumensode etc., wie es durch Muthwillen, durch Feuchtigkeit, oder durch natürlichen Verschleiß eintritt, in Folge der Entstehung von Kurzschlüssen erhebliche Strommengen die Leitungsdrähte durchschleien, welche zu dem von den Lampen verbrauchten Strome hinzukommen und nun eine derartige Erhöhung der Leitungen zur Folge haben, daß sie aus Baumwolle, Jute, Gummi, Gutta-percha, also aus lauter brennbaren Materialien bestehende Isolation der Drähte aufflammst und den Raum einer Feuerzbrunst bildet. Um dieser Gefahr zu begegnen, werden an geeigneten Punkten der Leitung Streifen aus Blei eingeschaltet, welche von dem zu hohen Strome zum Schmelzen gebracht werden sollen, bevor eine Überhitzung der Leitungen eintritt. Allerdings diese allgemein üblichen Bleistreifen leiden an dem großen Nachteil, daß sich ihre Oberfläche unter der Einwirkung der atmosphärischen Luft mit einer Oxydhaut überzählt, wodurch der beaufschlagte Schmelzprozeß erheblich verzögert, unter Umständen sogar dadurch ganz verhindert wird, da die Oberflächenbaut den Zusammenhang der geschmolzenen Theile wahrt, wie ein einfacher Versuch lehrt. Da somit eine Stromunterbrechung gar nicht oder nicht rechtzeitig eintritt, so bieten diese Bleistreifen keine hinreichend Sicherheit gegen Feuergefahr. In Erfahrung dieses Nebelstandes hat man versucht, das Blei durch Materialien, Stunz oder Zinnslegierungen zu ersuchen, man muß aber dabei neben höherem Preise noch den Nachteil in Kauf nehmen, daß das Schmelzen solcher Streifen explosiveartig er-

solt und so wieder andere Gefahren bringt. Außerdem steht bei Legirungen noch der Nebelstand hinzu, daß bei diesen allmählig ein sogenannter Salzgeringungsprozeß stattfindet, d. h., daß sich die einzelnen Bestandtheile der Legirung bei Erwärmung trennen und unter dem Einfluß der Schwerkraft ihren spezifischen Gewichten nach anordnen. Die Folge hiervon ist eine Veränderung des Schmelzpunktes und demnach ein Versagen des gewünschten Schutzes.

Dem Berliner Ingenieur Vorreiter und Dr. Müllendorf ist eine Abschmelzungsbürtigung für elektrische Anlagen patentiert worden, die in der That allen Anforderungen entsprechen scheint, welche an diesen wichtigen Theile elektrischer Anlagen gestellt werden müssen. Die Erfinder lehren wiederum dem Blei mit seinen vielen Vorsätzen zurück, schlagen aber dasselbe gegen Oxydation durch einen schwachen, die Wirkung nicht beeinflussenden, dabei aber sehr dauerhaften und nicht oxydierbaren Lieberzug aus Nickels. Sie mit solchen Sicherungen angestellten Versuche haben ergeben, daß der Schmelzpunkt dauernd unverändert bleibt, daß das Durchschmelzen unter allen Umständen und mit Sicherheit bei der beabsichtigten Stromstärke erfolgt und daß damit, selbst bei sehr hohen Stromstärken, kein wesentliches Geschwindigkeitsverlust verbunden ist.

Wenn man die ungeheure Verbreitung der Eisenwaren, welche

sich heute über die ganze Erde und fast auf jedes Gebiet erstrecken, in's Auge faßt, so kann man sich kaum vorstellen, daß der Eisenzug noch nicht einmal seit zwei Jahrhunderten bekannt geworden ist. Im Anfang des vorliegenden Jahrhunderts, so berichtet das Berliner Patent Bureau Berlin n. Gatt., versuchte der Wester einer Messinggießerei in Prision, an Stelle des Messings das Eisen zu verwenden, kam aber mit seinen Arbeitern nicht zum Heile. Ein Schäferjunge, Namens John Thomas, welcher den Versuch ausmachte, teilte dem Gießerbetrieb mit, daß er den richtigen Weg gefunden zu haben glaube und bat, die Versuche wieder unterzunehmen zu dürfen. Beide blieben nun unangesehn bei der Arbeit, bei der sie auch die ganze Nacht verbrachten und gelangten endlich am andern Morgen dazu, einen eisernen Topf zu gießen. Das Resultat, welches sich in der Hauptfassade auf die Verwendung einer in Blähnien festgehaltenen Form aus seinem Sande mit Luftlöchern erzielte, wurde noch lange Jahre von den Weibern und ihren Familien gehext gehalten, bis es zu einem über die ganze Erde verbreiteten Arbeitsverfahren wurde.

gegen einen gewissen Platz gebraucht haben. Sie bestellten ihre Schubl. Mäther machte geltend, daß er den P. wegen einer unzulässigen Gewährung der Patentur anklage. Die Gewebeausnahme erstreute sich auf die Vernehmung des Pächter und des Polizeileutnants, der die fragliche Versammlung überwacht hatte. Entlastungen wurden nicht vernommen. Der Staatsanwalt antrug lautete auf je eine Woche Gefängnis. Nach einer einjährigen Verhöldung der tatsächlichen Mordwaffe folgerte der Vertheidiger Dr. Heinemann, daß sich der § 163 auf den vorliegenden Fall gar nicht anwenden lasse. Er verteidigte auf einen fürstlich ergangenen Entscheid, in dem das Gericht erkannt hatte, daß bei einem Abwehr-Streit es sich nicht um „Erzielung alschter Lohn- und Arbeitsbedingungen“ handele. — Das Urteil des Gerichtshofes erging nach kurzer Beratung dahin, daß der Angeklagte Mäther als „Zettler“ der Versammlung mit einer Woche, die beiden Mitangeklagten mit jedem Tag Gefängnis zu bestrafen seien. Wie wir hören, wird gegen das Urteil Beschwerde eingereicht werden.

Vermischtes.

Erhebungen des englischen Arbeiters. Über Lohnhöhe und Arbeitszeit in England während der Jahre 1893 und 1894 hat das Arbeitsbeamtenamt des Board of Trade eine verdienstliche Arbeit veröffentlicht, die nur den Fehler hat, daß sie drei Wände umfaßt und in Folge dessen wohl nur zu Studienzwecken gelesen wird.

Nach den Zusammenstellungen des Werkes umfassen die Industriegruppen, in denen tatsächlich Lohnänderungen stattfanden, sieben Millionen Angehörige der beschäftigten Klassen. Das Resultat aller Lohnänderungen im Jahr 1893 war eine kleine (s. u.) Lohnsteigerung, obwohl die Zahl der Arbeiter, deren Lohn herabgesetzt wurde, bei Weitem größer war, als die, deren Lohn stieg. 549 977 Arbeiter hatten eine Lohnänderung zu vergleichen, davon verblieben 27 Proz. meist Bergarbeiter, nach verbleibenen Lohn- und Abwärtsbewegungen auf denselben Lohnstufen wie 1892, 28 Proz. errangen eine Lohnerhöhung und bei 47 Proz. trat Lohnkürzung ein.

Von den in der betreffenden Industrie beschäftigten Personen waren an Lohnänderungen beteiligt im Bergbau 43,8 Proz., bei Hüttenrechnung des großen Streits in den Wälzlands, welcher Lohnkampf allerdings zu keiner Lohnänderung führte, sogar 80 Proz. in den Metall-, Schiffsbau- und Maschinenindustrien 11,5 Proz., im Bau-gewerbe 5,1 Proz., im Textilgewerbe 4,1 Proz.

Die Gesamt-Lohnsumme einer bestimmten Woche in 1893 war um 18 012 Pfst. höher als die in der gleichen Woche des Vorjahrs an eine gleiche Arbeiterzahl gezahlte. Die angegebene Summe resultiert aus 28 827 Pfst. Lohnerhöhung und 10 815 Pfst. Lohnkürzung. Der größte Theil der Lohnerhöhung fällt auf die Bergarbeiter und das Baugewerbe, der Lohnkürzung auf die Metall-, Schiffsbau- und Maschinen-Industrie. Auf die daran teilnehmenden Personen verteilt, entfällt pro Kopf und Woche M. 3,36 Zuwachs resp. 80 Pf. Abnahme; auf alle an den Lohnänderungen beteiligten Personen verteilt, sinkt der Lohnzuschlag auf 46 Pf. auf alle in den Gewerben beschäftigten Personen verteilt auf nicht ganz 4 Pf., jährlich 1,92.

Im Jahre 1894 fanden statt 411 Lohnerhöhungen und 178 Lohnkürzungen, beteiligt waren 592 000 Personen, wobei nur 100 000 eine Erhöhung des Lohnes zu verzeichnen haben. Unter den 492 000 Personen, welchen der Lohn gekürzt wurde, befanden sich 390 000 Bergleute.

Im Jahre 1893 wie 1894 machte sich die Tendenz nach Verkürzung der Arbeitszeit bemerkbar. Im 1893 trat bei 24 649 Personen eine solche ein, im Jahre 1894 bei 70 000 Personen.

Das genannte Amt veröffentlicht ferner einen Bericht über die Beliebung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnisse durch Gutungsämter für das Jahr 1894. Nur die von unabhängigen Körperhäfen oder Schiedsrichtern geschlichteten Streitigkeiten wurden gezählt. In den Jahren 1892 bis 1894 wurden 24 bzw. 25 und 39 Streitfälle und Lock-ons ermittelt, bei denen die Schiedsgerichte intervenierten. Die davon betroffenen Arbeiter betrugen 123 781, 312 009 und 16 928. Die hohen Zahlen der früheren Jahre werden durch die gewaltigen Ausstände der Schiedsgerichte erklärt. Von diesen 39 Streitfällen wurden 12, welche eine Arbeitsbeschaffung von 4021 Köpfen betrafen, durch Vermittelung, und 27, die 12 917 Arbeiter angezogen, durch Schiedsspruch beigelegt.

Durch die Distrikts-Gütingungsämter, welche ihre Tätigkeit auf alle Gewerbszweige ihres Bezirks erstrecken, wurden im Jahre 1894 seine ausgebrochenen Streitigkeiten geschlichtet, dagegen im Vorjahr drei, die 1997 Arbeiter angelegen. Die verwickelten Gütingungsämter ausgestalteten jedoch eine große Tätigkeit zur Verhinderung von Ausschüssen und Ausschreitungen. Nicht weniger als 1707 Streitfragen wurden ihnen vorgelegt, von denen 600 aufgelöst, 110 durch gesetzliche Vermittlung und 221 durch Schiedsgericht beigelegt wurden. Es bestanden 41 Gütingungsämter für einzelne Gewerbszweige, von diesen am meisten in der Schuhwarenfabrikation (15) und der Kohlengrützer (8), außerdem 22 Distrikts-Gütingungsämter.

Kontorhauer - Wohlthätigkeit (?) für die Arbeiter. Nach vielen anderen Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen, schreibt die "Söldner-Btg.", zu denen aber auch die Arbeiter theilweise Beiträge zu zahlen haben, hat Herr Dr. Traun, der Besitzer der Hamburger Gunstmannsfabrik, durch Schaffung einer neuen Einrichtung wieder von sich reden gemacht; und zwar hat er für seine Angestellten und Arbeiter 600 Fahrräder beschafft; sie sollen dazu dienen, den Arbeitern den Weg von der Fabrik nach dem Barmbeck begleiten, von Dr. Traun errichteten Arbeiterwohnungen zu erleichtern. Die Fahrräder werden aber nicht etwa den Arbeitern unentgeltlich zur Verfügung gestellt, sondern sie müssen dieselben mit 18% bezahlen, bei 10% Anzahlung für Überholzahrt und 10% für Verkehrshetze und wöchentlicher Abzahlung von 1% beginnend 1,50 M.

Wenn gleich die Arbeiter zu Hause Mittag essen können, was bisher des weiten Weges und der verhältnismäßig kurzen Mittagspause halber, nicht möglich war, so gewinnt diese Art "Wohlfahrtseinrichtung" trotzdem ein eigenheitliches Aussehen. Wie wir schon vor längerer Zeit hörten, soll die Anschaffung der Fahrräder auf Wunsch der bei Herrn Dr. Traun beschäftigten Arbeiter geschehen sein; wir erkennen gerne das Entgegenkommen des Herrn seinen Arbeitern gegenüber an, aber als eine "Wohlfahrt"-Einrichtung können wir sie nicht ansehen, da wir mit Recht voraussehen, daß Herr Traun an den Arbeitern nicht einen Pfennig Schaden mache, oder den Vortheil hat, daß seine Arbeiterwohnungen in Barmbeck auch von Arbeitern bezogen werden, die früher in noch entfernten Stadtteilen wohnten. Ob die Lieferung der Fahrräder nur an solche Arbeiter geschah, die in den Traun'schen Arbeiterhäusern wohnen oder wohnen wollen, können wir nicht sagen; vielleicht erhalten wir aber darüber nähere Auskunft.

Die Plakat des Kapitals weiß sich auch im Bundesrathe Geltung zu verschaffen, wie folgender Vorfall beweist. Vor wenigen Wochen beschloß der Verein der Großindustriellen, den Bundesrat zu ersuchen, die Bestimmungen über die Sonntagsruhe abzuändern. Die Großindustriellen ärgerten sich darüber, daß sie den Arbeitern, welche jeden zweiten Sonntag arbeiten müssen, an 13 Sonntagen im Jahre 24 und an 18 Sonntagen je 48 Stunden freigeben müssen. Jetzt bringt der "Reichsanzeiger" folgende Bekanntmachung: Auf Grund des § 105d des Gesetzes, betreffend die Änderung der Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891 (Reichsgesetzbl. S. 261) hat der Bundesrat nachgehende Bestimmung über Abänderung der Bekanntmachung vom 5. Februar 1895 (Reichsgesetzbl. S. 12), betreffend Ausnahmen von dem Verbot der Sonntagsarbeit im Gewerbebetriebe, erlassen: 1) In der Tabelle, welche der Bekanntmachung vom 5. Februar 1895 (Reichsgesetzbl. S. 12), betreffend Ausnahmen von dem Verbot der Sonntagsruhe im Gewerbebetriebe, beigesfügt ist, sind in der Spalte 8 Blf. 7 (Bessemer- und Thomasstahlwerke, Martin- und Ziegelsehstahlwerke, Buddel- und zugehörige Walz- und Hammerwerke, sowie Hochengießereien der Gruppe A (Bergbau, Hüttens- und Salinenwesen) die Worte: "Die den Arbeitern zu gewährende Ruhe hat mindestens zu dauern: für jeden Sonntag abwechselnd 24 und 48 Stunden" zu streichen. 2) Die vorstehende Bestimmung tritt mit dem Tage der Bekanntigung in Kraft. Die Beschlüsse des Reichstages finden nicht so leicht Berücksichtigung beim Bundesrathe, wie die vor wenigen Tagen erfolgte Ablehnung des Dienstantrages beweist. Die Großindustriellen stub ein Stück Verfassung, sagt Bassalle, und diese kleine Episode beweist, daß auch der Bundesrat in den Großindustriellen ein großes Stück Verfassung erblickt.

Litterarisches.

Im Verlage der Buchhandlung von **Georg Fühtmann** in Dresden ist erschienen: **Deutscher Schlosser- und Schmiedekalender 1896.** In Leinwandband M. 3, in Brieftaschenleiterband M. 5. Dieser Kalender ist ein praktisches Hilfsbuch für den Schlosser und Schmied. Die Klass-

staltung ist elegant und dauerhaft. Im gleichen Verlage erschien auch: **Kalender für Maschinenunternehmer 1896.** Preis: Thelle: In Leinwandband M. 5, in Lederband I. in Brieftaschenleiterband 5, mit Beilage (8 Thelle) je M. 1 mehr. **Herner: Kalender für Betriebsleitung 1896.** Preis: Thelle in Leinwandband M. 5, in Brieftaschenleiterband M. 5.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. v. W. D. C. Verlag) ist soeben das 7. Heft des 14. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Eine Diskussion. — Der Weltmarkt und die Agrarpreise. Von Parvus. — Geschäftswissenschaft und Gustav. Von Eb. Bernstein. — Und nochmals die Preußische Revolution. Von Karl Rautsky. Was liest der deutsche Bauer? — Literarische Rundschau. — Mötzen: Über den Zusammenhang zwischen der Verminderung der Bevölkerungsfrequenz und der Vermehrung unehelicher Geburten. — Feuerstein: Budgetosten. Novelle von Erich Schäffer. (Schluß.)

Die Geschichte des Britischen Trade-Unionismus. Von Sidney und Beatrice Webb. Deutsch von M. Bernstein. Mit Noten und einem Nachwort versehen von E. Bernstein. (Verlag von J. v. W. D. C. in Stuttgart.) Von diesem in 7 Lieferungen à 75 S. erscheinenden Werk ist soeben Heft 4 und 5 zur Ausgabe gelangt. Subskriptions-Anmeldungen nehmen alle Buchhandlungen und Kolporteurs entgegen.

Briefkasten.

G. B., Breslau. Vom Jahre 1891 besitzen wir nichts mehr.

E. P., Berlin. Die betr. Firma ist uns nicht bekannt.

F. W., Oberndorf. Es ist das Beste, wenn Sie sich an das "Gewerbeblatt für Württemberg" in Stuttgart wenden, dort werden Sie über die Wettbewerbssituation der Bezeichnungen durch Lichtspalte Aufschluß erhalten. Wir können Sie nicht geben.

A. M., Schöneberg. Wenden Sie sich an die Aluminiumfabrik, Aktiengesellschaft, in Neuhausen b. Schaffhausen, Schweiz.

B., Durlach. Wir verweisen auf den Beschluss der Generalversammlung über Versammlungsanzeigen. Wir können doch nicht immer auch noch eine halbe Spalte als Aufschriften bringen.

B. Maxane. Das Schreiben eingegangen, zum Abdruck ungeeignet.

Oeynhausen. Anzeigen und Berichte des Verbandes finden unentgeltliche Aufnahme.

Verbands-Anzeigen.

Zu jeder Versammlung werden neue Mitglieder aufgenommen und können Beiträge bezahlt werden.

Altenburg. Sonnabend, 28. Novbr., Abends, halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung im "Gold Löwen". — Die mit Delegierten- und Reservesobaldmarken noch rückständigen Mitglieder werden um Spende umgekehrt erachtet.

Aschersleben. Sonnabend, 30. Nov., Abends, 8 Uhr, Mitgliederversammlung in Schräberth's Lokal. — Die Sanderslebener Kollegen werden an ihre Pflichten erinnert.

Augsburg. Samstag, 28. Nov., Abends, 8 Uhr, Versammlung. — Sonntag, den 24. Nov., Nachm. 3 Uhr, gesellige Zusammenkunft im "Fränkischen Hof", innere Uferstraße, bei Kollege Scheller.

Cancourt. (Augs.) Samstag, 23. Nov., Abends, 8 Uhr, Mitgliederversammlung im "Russischen Hof". Abrechnung vom 3. Quartal. — Die restirenden Mitglieder werden zur Begleichung ihrer Rechte aufgefordert, währendfalls § 3 Abs. a in Anwendung gebracht wird.

Cannstatt. (Sektion der Former.) Samstag, 23. Novbr., Versammlung bei J. Bäuerle, Rosenaustr.

Cottbus. Sonnabend, 30. Nov., Abends, halb 9 Uhr, Generalversammlung bei A. Schniger, Schloßkirchstr. 12. Wahl der Gesamtvertretung. Abrechnung vom Stiftungsfest.

Dresden-Neust. Sonntag, 24. Nov., Exkursion nach dem Polystyrolkum, Bismarckplatz, Saarwellingen Nachm. 8/42 Uhr, bei Zimmermann, Schönbrunnstr. 1.

Durlach. Samstag, 23. Nov., Generalversammlung. Jahresbericht. Wahl sämtlicher Ortsbeamten. Stellungnahme zu den geplanten Metallarbeiterkonferenzen der Karlsruher Verwaltungsstelle.

Elmshorn. Sonnabend, 30. Novbr., Mitgliederversammlung bei A. Großmann, Elmshornweg 30.

Fenzbach. Samstag, 23. Nov., Abends, 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der "Soane".

Frankenthal. Samstag, 28. Novbr., Abends, halb 9 Uhr, bei Kellner, Eppenstr., Mitglieder-Versammlung. Vortrag. Weihnachtsfeier.

Frankfurt a. M. (Gelt. d. Spengler.) Samstag, 28. Nov., Abends, halb 9 Uhr, bei Stein, gr. Eschenheimerstr. 28. Mitglieder-Versammlung. Vortrag über: Einfluss der Arbeitszeit auf die Gesundheit. Referent: Herr Dr. W. Hanauer.

Göttingen. Sonnabend, 23. Novbr., Abends, halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Abrechnung. Mitgliedsbücher sind zur Abrechnung mitzubringen.

Hannover. (Augs.) Montag, 25. Nov., Abends, halb 9 Uhr, im kleinen Saale des "Ballhof", Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Gen. Wahl. Wahl der Abteilungskommission. Weihnachtsvergnügen.

Hannover. (Sektion der Klempner.) Sonnabend, 28. Novbr., Abends 8 Uhr, im großen Saale des "Ballhof", Wintervergnügen, bestehend in Abendunterhaltung und Ball.

Hamburg. Sonnabend, 30. Nov., Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal. Vortrag. Selbstvergnügen usw.

Hannover. (Sektion der Klempner.) Samstag, 30. Nov., Abends, halb 9 Uhr, im "Gesellschaftshaus", Steinstraße 26, Mitglieder-Versammlung.

Harlsruhe - Mühlburg. Sonnabend, 24. Nov., Vorm. 10 Uhr, Versammlung in der "Kaiser-Ufer".

Nos. Mittwoch, 27. Nov., Abends 8 Uhr, bei Ahrens, alte Reihe 8, Mitglieder-Versammlung. Vortrag über: Das Vergn. und Hüttentwesen.

Landshut. a. W. Das Reisegeld wird von nun ab bei Bürgerhändler St. Kaiser, Küstrinerstr. 27, ausbezahlt.

Giegen. Samstag, 28. Nov., Abends 8 Uhr, im Gasthof zum "Preußischen Hof", Mitglieder-Versammlung. Abrechnung vom Stiftungsfest. Die restirenden werden erachtet, ihren Verpflichtungen besser nachzukommen.

Leutkirch. Sonnabend, 30. Novbr., in Fürst's Gathof, Wellingdorf, Mitglieder-Versammlung. Die Meistanten werden bringend erachtet, ihre Beiträge zu entrichten, währendfalls dieselben veröffentlicht werden.

Messerve. Unsere Bahnhofsstände finden jeden Mittwoch, Abends halb 9 Uhr, im Restaurant "Thüringer Hof" statt. Dorthin befindet sich auch die Centralherberge sämtlicher Gewerkschaften.

Mühlhausen i. Th. Unser diesjähriges Stiftungsfest findet Montag, 25. November, Abends 8 Uhr, im "Weimars Hessenkeller" statt, bestehend in Abendunterhaltung und Ball, wozu sämtliche Kollegen und Geistlichen freundlich eingeladen sind.

Münster. (Mechaniker, Zinnzieher u. v. B.) Samstag, 28. Nov., Abends halb 9 Uhr, im "Völkeraal", Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Koll. Henning.

Münster. (Sektion der Metallzeugindustrie.) Zu der am 11. November stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde für den Kollegen Schuh, welcher seine Funktion als Bevollmächtigter niedergelegt, Kollege Mögner gewählt. Alle Anfragen und Briefe sind von heute ab an den Bevollmächtigten Ph. Mögner, Neugäßchen 70, 1. Et., zu richten.

Bad Oeynhausen. Nächste Beitragszahlung am Sonntag, den 24. November, Nachmittags halb 3 Uhr.

Münster. (Sektion der Schlosser u. Maschinenebauer.) Samstag, 30. November, Abends halb 9 Uhr, bei H. Herzog, Menthofstraße 9, Mitglieder-Versammlung. Adresse des Bevollmächtigten: Adamstr. 12; des Kassiers: Frauenthormauer 50, Hs. 1.

Pirna. Sonnabend, 23. Nov., Abends 8 Uhr, im Carolabad, Mitglieder-Versammlung.

Barthenow. (Augs.) Sonnabend, 30. November, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung.

Rathenow. (Sektion der Brillen- und Pincenzeebauer.) Sonnabend, 30. Nov., Mitglieder-Versammlung. Fortsetzung der Diskussion über die Löhne. Wahl der Verwaltung.

Schramberg. Samstag, 28. Novbr., Abends 8 Uhr, im "Mühle", Mitglieder-Versammlung. Jeden Mittwoch Disputationen.

Sprandau. Jeden Sonnabend nach dem 8. und 28. im Monat, Abends halb 9 Uhr, bei Stadtk. Neuwalderstr. 5, Mitglieder-Versammlung. Nächste am 30. Novbr. — Die Meistanten werden erachtet, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Stettin. Sonnabend, 30. Nov., Abends 8 Uhr, im Lokale Burau, Rosengarten 6, Mitglieder-Versammlung.

Stuttgart. (Sektion der Glashauer.) Samstag, 23. November, Abends 8 Uhr, im Gasthaus zum "Hirsch", Gläser Nr. 20, Mitglieder-Versammlung.

Velbert. Den Kollegen zur Nachricht, daß von jetzt ab die "Metallarbeiter-Zeitung"

nicht mehr in's Haus gebracht, sondern beim Kollegen Johanna Franzmann, Werdenerstrasse 18, abgeholt werden kann. An- und Abrechnungen werden dort entgegengenommen.

Witten. Sonntag, 24. Novbr., Vorm. 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Wehnsfeld, Hauptstr. 12. Vortrag des Kollegen König über: Solidarität und Sozialpolitik. — Die Kollegen werden erachtet, ihre Protokolle von der 2. Generalsversammlung zu entnehmen, damit abgerechnet werden kann.

Witz. Sonnabend, 28. November, in Danielsons Restaurant, Scharenstr., Mitglieder-Versammlung.

Zittau. Dienstag, 26. Nov., in Herrmann's Restaurant, Bahnhofstr.

Freie Presse.

Glückauf. (Glocken.) Sonnabend, 28. Nov., Abends, halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung.

Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Der former Paul Wolke, Buch-Nr. 56 150, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen, damit ihm sein Buch nachgesandt werden kann.

Familie Rudeberg.

Gessentl. Versammlungen.

Duisburg. Sonntag, 24. Nov., Vorm. 11 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung in Bongart's Lokal. Vortrag des Kollegen Rohrlack über: Die Zukunft der deutschen Gewerkschaften.

Elberfeld. Samstag, 30. Nov., Abends, halb 9 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung bei Herrn Obelobe, Klosterbau. Vortrag des Kollegen Rohrlack-Berlin. Die Mitglieder-Versammlung fällt an diesem Tage aus.

Stettin. Sonnabend, 24. Novbr., Nachmittags 8 Uhr, im Bredower Schützenhaus, "W. Lille", öffentliche Metallarbeiter-Versammlung.

Anzeigen.

Nachruf.

Unser treuer Kollege und früherer Kassier

Schule

schied freiwillig aus dem Leben. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Verwaltungsstelle Landsberg a. d. W.

Der Bieler Franz Peyer, geb. zu Braunschweig, wird, seiner Sachen, um Angabe seiner Adresse ersucht.

Erth Gierschold,

Utenburg, Fabrikstr. 18.

Der Schlosser Wilhelm Bräutigam, Buch-Nr. 76 694 und der Dreher Adam Borg, B.-Nr. 43 954, werden zur sofortigen Einsendung ihrer Adresse aufgefordert.

H. Jüderr,

Johannesstr. 10.

</div